



# Plenarprotokoll

## 22. Sitzung

Freitag, 18. Juni 2010

<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes</b> .....	1729	Lars Harms [SSW].....	1741
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP		Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	1743
Drucksache 17/250		Anke Spoorendonk [SSW].....	1745
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses		Klaus Schlie, Innenminister.....	1745
Drucksache 17/585		Beschluss: Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/250 in der Fassung der Drucksache 17/585 in namentlicher Abstimmung.....	1748
Thomas Rother [SPD], Berichterstatter.....	1729	<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes</b> .....	1748
Tobias Koch [CDU].....	1729	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP	
Thomas Rother [SPD].....	1731	Drucksache 17/610	
Katharina Loedige [FDP].....	1734		
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1736		
Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	1738		

Bericht und Beschlussempfehlung  
des Bildungsausschusses  
Drucksache 17/642

\* \* \* \*

Susanne Herold [CDU], Bericht- erstatteerin.....	1748
Marion Herdan [CDU].....	1748
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	1750, 1767
Wolfgang Kubicki [FDP].....	1753
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	1756
Antje Jansen [DIE LINKE].....	1759
Flemming Meyer [SSW].....	1761
Peter Sönnichsen [CDU].....	1764
Silke Hinrichsen [SSW].....	1764
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1765
Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	1766
Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	1768
Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur.....	1768
Beschluss: Verabschiedung in na- mentlicher Abstimmung.....	1771
<b>Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäfts- ordnung des Schleswig-Holsteini- schen Landtags.....</b>	<b>1771</b>
Drucksache 17/620	
Beschluss: Annahme.....	1771

**Regierungsbank:**

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerprä-  
sidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Ge-  
sundheitEmil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstel-  
lung und IntegrationDr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und  
Kultur

Klaus Schlie, Innenminister

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirt-  
schaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirt-  
schaft und Verkehr

\* \* \* \*

**Beginn: 10:04 Uhr**

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Ich eröffne die Fortsetzung der Beratungen in der 8. Landtagstagung und begrüße zunächst einmal ganz herzlich Schülerinnen, Schüler und Lehrer vom Johann-Heinrich-Voß-Gymnasium aus Eutin und Besucherinnen und Besucher vom Literaturkurs „Deutsch als Fremdsprache“ der Volkshochschule in Kiel. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

### **Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes**

Geszentwurf der Fraktionen von CDU und FDP  
[Drucksache 17/250](#)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
[Drucksache 17/585](#)

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Thomas Rother, das Wort.

**Thomas Rother [SPD]:**

Frau Präsidentin, ich verweise auf die umfangreiche Vorlage, aus der auch die Veränderungen, die zu dem Geszentwurf beschlossen worden sind, deutlich erkennbar sind.

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Koch.

**Tobias Koch [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute in zweiter Lesung über eine Änderung des Sparkassengesetzes beraten, dann geschieht dies nach intensiven Diskussionen, die ihren Ursprung bereits in der letzten Wahlperiode haben. In der Zwischenzeit sind in unserer Sparkassenlandschaft nicht unerhebliche Entwicklungen eingetreten, die bei der ersten Debatte im Jahr 2007 noch nicht absehbar waren, nunmehr aber eine Änderung des Sparkassengesetzes umso mehr notwendig machen.

Durch die **Finanzmarktkrise** sind die **Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten** besonders deutlich geworden. Als logische Konsequenz hieraus sind spätestens im Rahmen von **Basel III** verschärfte Eigenkapitalanforderungen für alle Banken und somit auch für unsere Sparkassen zu erwarten. Eine Heraufsetzung der **Mindestkernkapitalquote** von 4 % auf 8 % ist dabei im Bereich des Möglichen.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Konjunktiv!)

Für die **Sparkassen** in Schleswig-Holstein kommt erschwerend hinzu, dass sie von der Entwicklung bei der HSH Nordbank im Rahmen ihres Minderheitsanteils betroffen sind.

Die „Financial Times Deutschland“ berichtet mit Datum von 9. Juni 2010, dass der Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein inzwischen die letzten Reserven einsetzen musste, um seine Mitgliedssparkassen vor weiteren Abschreibungen auf die Anteile an der HSH Nordbank zu bewahren.

Auch wenn eine unmittelbare Gefährdung einzelner Sparkasse damit nicht verbunden sein dürfte, so wird doch deutlich, dass jede weitere Beeinträchtigung - zum Beispiel durch das laufende EU-Verfahren bezüglich des Aktienkurses bei der Kapitalerhöhung 2009 - auf die Sparkassen durchschlagen wird, da der Verband bereits jetzt an die Grenzen des Machbaren gegangen ist.

Damit aber nicht genug der Probleme - auch hausgemachte Fehler lasten schwer auf unseren Sparkassen und haben die beiden größten Sparkassen unseres Landes zu Stützungsfällen werden lassen. Allein für die Rettung der **Nord-Ostsee-Sparkasse** wird nach Presseberichten mittlerweile von einem Kapitalbedarf in Höhe von 150 Millionen € ausgegangen. Wie wir feststellen müssen, ist selbst der **bundesweite Haftungsverbund** aller Sparkassen nicht mehr willens, diese Belastung allein zu tragen. Stattdessen wird eine **Beteiligung der Träger** in zweistelliger Millionenhöhe eingefordert, obwohl eine Haftung der Träger nach geltendem Sparkassengesetz ausgeschlossen ist.

Durch die Stützungsmaßnahme und die anschließend notwendige Wiederauffüllung des **Stützungsfonds** sind aber auch alle übrigen Sparkassen in Schleswig-Holstein betroffen. Dabei geht es für einzelne Sparkassen ebenfalls um zweistellige Millionenbeträge.

Wer diese äußeren Umstände ignoriert und daraus keinen Handlungsbedarf ableitet, sondern wie die

(Tobias Koch)

Opposition vollmundig verkündet, das Beste in dieser Situation sei es, nichts zu tun, der ist entweder blind oder grob fahrlässig.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wer so handelt, trägt auf jeden Fall Mitschuld an jeder weiteren Schieflage einer schleswig-holsteinischen Sparkasse, die mit den neuen Möglichkeiten dieses Gesetzes hätte verhindert werden können.

(Zurufe von der SPD)

Als CDU-Fraktion wollen wir die **Eigenkapitalausstattung** unserer **Sparkassen** deshalb stärken, damit sie im Wettbewerb bestehen können, damit sie die heimische Wirtschaft ausreichend mit Krediten versorgen und damit sie auch zukünftig ihrem öffentlich-rechtlichen Auftrag gerecht werden.

Mit unserer Gesetzesinitiative schaffen wir dazu die Möglichkeit von Minderheitsbeteiligungen innerhalb der Sparkassenfamilie und ihrer Träger. Damit fließt zwar kein neues Eigenkapital in das System, aber unsere schleswig-holsteinischen Sparkassen haben zukünftig die Möglichkeit, innerhalb des Systems zusätzliches Eigenkapital von anderen Sparkassen mit einer besseren Eigenkapitalausstattung zu erhalten. Das dient den Interessen unseres Bundeslandes.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die vorliegende Gesetzesinitiative haben wir sehr sorgfältig beraten.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Ha, ha!)

In schriftlicher und mündlicher Anhörung, Herr Kollege Schippels, wurden juristische Sachverständige, Vertreter von Kammern und Verbänden, einzelne Sparkassen sowie der Sparkassen- und Giroverband in die Gesetzesberatung einbezogen. Gestatten Sie mir den Hinweis in Hinblick auf den nächsten Tagesordnungspunkt: Ich glaube, wir haben wirklich ein mustergültiges Verfahren praktiziert. Es ist bedauerlich, dass die Opposition nach dem Motto verfährt: „Augen zu und durch“, keine Anregungen aus den Anhörungen zur Kenntnis nimmt und stur bei ihrer ablehnenden Haltung bleibt.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben die Anhörungsergebnisse, Frau Kollegin Heinold, sehr gründlich ausgewertet und auch abgewogen.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Wir haben das gründlich ausgewertet und abgewogen. Darüber hinaus haben wir als CDU-Fraktion zahlreiche weitere Gespräche mit dem Sparkassen- und Giroverband geführt bis in die letzten Tage hinein.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Lassen Sie mich an dieser Stelle daran erinnern, dass wir bereits vor Einbringung des Gesetzentwurfs die maximale Höhe der **Minderheitsbeteiligung** von ursprünglich 49,9 % auf 25,1 % reduziert haben.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Oh!)

Darüber hinaus haben wir schon damals die Höchstzahl der beteiligten Vertreter im **Verwaltungsrat** auf drei begrenzt, um die Mehrheit des kommunalen Trägers im Verwaltungsrat sicherzustellen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Außerdem haben wir dafür Sorge getragen, dass die Pflicht zur **gemeinnützigen Verwendung** von **Ausschüttungen** der Sparkasse an den Träger auch künftig erhalten bleibt.

Mit dem von CDU und FDP eingebrachten Änderungsantrag haben wir die Hinweise aus dem juristischen Teil der Anhörung aufgegriffen. Dabei wurde deutlich gemacht, dass **Artikel 345 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union** die Eigentumszuordnung in private oder öffentliche Trägerschaft der ausschließlichen Entscheidung der einzelnen Mitgliedstaaten überlässt.

Indem wir den Kreis der zulässigen Beteiligten auf den öffentlichen Sektor eingrenzen, vermeiden wir jeglichen Konflikt mit der Kapitalverkehrsfreiheit innerhalb der Europäischen Union. Zu diesem Zweck haben wir mit unserem Änderungsantrag die Kriterien für den öffentlichen Sektor noch einmal verschärft, um jede Möglichkeit einer **Privatisierung** auszuschließen.

(Zuruf: Jede Möglichkeit?)

Und selbst für den Fall, dass der **Europäische Gerichtshof** bei der Einordnung eines zukünftigen Beteiligten zu einer anderen Rechtsauffassung gelangen sollte, ist mit der eingebauten Rückabwicklungsklausel dafür Vorsorge getroffen.

Um sicherzustellen, dass gerade auch diese Klausel allen materiellen Anforderungen genügt, bedarf der

(Tobias Koch)

abzuschließende öffentlich-rechtliche Vertrag außerdem nunmehr der **Genehmigung** durch das Innenministerium.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Kombination dieser Änderungen stellen wir die **Europarechtskonformität** des Gesetzes sicher. Auch der Ministerpräsident kann heute mit gutem Gewissen zustimmen und die von ihm gegebene Zusage einhalten.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ja nun gerade nicht!)

Eine wichtige inhaltliche Änderung bezieht sich auf den Fall, dass die Aufnahme eines Beteiligten nicht auf dem Wege der Einlage von zusätzlichem Stammkapital, sondern durch die **Übertragung von Anteilen** am Stammkapital erfolgt. Für diesen Fall ist nunmehr vorgeschrieben, dass in Höhe des vereinbarten Wertausgleichs für die Dauer von mindestens zehn Jahren eine **stille Einlage** bei der Sparkasse zu begründen ist. Damit ist sichergestellt, dass die Einbeziehung eines Beteiligten auf jeden Fall mit einer Stärkung der Eigenkapitalbasis der Sparkasse einhergeht, entweder in Form einer Aufstockung des Stammkapitals oder in Form einer zusätzlichen stillen Einlage.

Die gefundene Regelung mag vielleicht nicht der Optimalvorstellung der Sparkassen entsprechen. Aber, meine Damen und Herren, erst die ganze Zeit zu kritisieren, das Gesetz könne unter Umständen dazu führen, dass das Kapital nicht der Sparkasse, sondern dem Kreishaushalt zugutekommen würde, und anschließend den von uns gefundenen Kompromiss damit abzulehnen, dass wir den Sparkassen Kapital aufdrängen würden, ohne dass hierfür vonseiten der Sparkassen ein Bedarf bestünde, das ist schon eine sehr eigenwillige Umkehrung der bisherigen Argumentation.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ausdrücklich ausgeschlossen haben wir eine Anordnung des Innenministeriums, mit der Einträge aus **Haushaltsgründen** zur Bildung und Übertragung von Stammkapital angewiesen werden. Damit auch zukünftig die Gewinne der Sparkasse zur Stärkung ihres Eigenkapitals genutzt werden, schreibt das Gesetz vor, dass mindestens ein Drittel des Jahresüberschusses in die **Rücklagen** eingestellt werden muss. Ausschüttungen aus dem verbleibenden Teil des Jahresüberschusses können nur insoweit vorgenommen werden, als dass sie nicht ebenfalls für eine Stärkung der Rücklagen benötigt werden.

Meine Damen und Herren, alle diese beschriebenen Änderungen sind keine Nachbesserungen, es sind Verbesserungen, die nicht zuletzt aus zahlreichen Gesprächen mit dem **Sparkassen- und Giroverband** resultieren.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Warum haben Sie das dann geändert?)

Mein Dank gilt deshalb allen Kolleginnen und Kollegen, die daran in den vergangenen Wochen und Monaten mitgewirkt haben. Ebenso möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die uns während dieser Zeit mit Hinweisen und Anregungen, aber auch mit sachlicher Kritik begleitet haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Lassen Sie uns mit der heutigen Verabschiedung der Gesetzesnovelle dafür sorgen, dass unsere Sparkassen auch in Zukunft über ausreichend Eigenkapital verfügen und damit ihren Kreditgeschäften zur Förderung der heimischen Wirtschaft uneingeschränkt nachgehen können. Es geht darum, unsere öffentlich-rechtlichen Sparkassen zu stärken, damit sie als regional selbstständige Institute erhalten bleiben.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir begrüßen auf der Tribüne sehr herzlich den langjährigen Abgeordneten der CDU-Fraktion, Herrn Ehlers. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Thomas Rother das Wort.

**Thomas Rother [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein zu kurzer, viel zu kurzer aber dennoch heftiger Diskussionsprozess, scheint sich heute seinem Ende zu nähern. Dieser zu kurze Diskussionsprozess, der - da stimme ich Herrn Koch zu - dennoch auf hohem Niveau verlief, hat zu interessanten Ergebnissen und Erkenntnissen geführt, aber nicht zu abschließenden Erkenntnissen. CDU und FDP haben ihre Position zwar ein Stück weit überarbeitet, aber das Grundproblem des Gesetzentwurfs nicht berührt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

(Thomas Rother)

Aber auch für uns sind neue Erkenntnisse deutlich geworden, und auch wir haben unsere Auffassung in mancher Frage ein Stück weit überarbeiten müssen.

Für uns als SPD-Fraktion ging und geht es darum, die Sparkassen zu stärken und das hohe Vertrauen der Menschen in diese Institute nicht durch politische Spielereien und juristisches Gepokere zu zerstören.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns ist die **Versorgung mit Bankdienstleistungen** in der **Fläche** immer noch ein wichtiges öffentliches Gut, das bei weitem noch nicht durch Online-Banking abgelöst ist. Die Sorge, dieses Flächenangebot könnte durch die Gesetzesänderung gefährdet werden, ist tatsächlich eher unbegründet - da stimme ich Ihnen zu -, weil potenzielle Erwerber von Sparkassenanteilen aus der Branche es natürlich auf die Nutzung des dichten Filialnetzes abgesehen hätten und haben. Aber ob ein reiner **Privatinvestor**, wenn er denn zugelassen werden würde, das auch so sehen würde? Ich denke, wohl kaum.

Für uns ist die Sicherstellung eines Girokontos für jeden eine grundlegende politische Forderung, weil ohne diese Garantie viele Menschen von der Möglichkeit ausgeschlossen wären, ihre persönlichen Geschäftsvorgänge zu regeln. Ob ein Sparkassengesetz bei **privater Beteiligung** an einer Sparkasse das dann noch halten kann, bleibt rechtlich fragwürdig, und alle theoretischen Selbstverpflichtungen, die es aus der Kreditwirtschaft gibt, reichen in der Praxis nicht aus. Das zeigen immer wieder ganz viele Klageverfahren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bedeutung der Sparkassen als Finanzierungsinstitut für die Wirtschaft, insbesondere die **mittelständische Wirtschaft**, ist unbestritten. Daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es auch kein Wunder, dass gerade die Interessenvertreter der kleinen und mittleren Betriebe davor warnen, noch mehr Entscheidungen in ferner gelegene Zentren zu verlagern, als es jetzt schon nach den vielen Fusionen der Fall ist. Das gibt ein merkwürdiges Bild von den beiden sogenannten Wirtschaftsparteien hier im Parlament ab.

Dass **Städte und Kreise** in **Finanznot** in die Versuchung geraten könnten, ihre **Anteile** an den Sparkassen zu veräußern, um ihre Haushalte zu sanie-

ren, ist durch die Ergänzung aus den Regierungsfractionen zumindest zeitweilig gebannt. Ebenso wird der Innenminister ausgebremst, falls er Anteilsverkäufe verlangt. Dennoch ist der Gesetzentwurf an dieser Stelle nur verschlimmbessert worden. Der **Sparkassen- und Giroverband**, Herr Koch, hat zu Recht darauf hingewiesen, dass eine **stille Einlage** des Eigentümers dann auch marktgerecht verzinst werden müsste, um beihilferechtlich bestehen zu können. Das ist teuer und hilft der Sparkasse nicht, sondern nur dem einlegenden Eigentümer und sonst niemandem.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Der Vorschlag des Sparkassen- und Giroverbandes zur Aufnahme einer atypischen stillen Einlagemöglichkeit in das Sparkassengesetz - das haben Sie ja nicht aufgenommen - könnte zwar Geld auf die Eigenkapitalseite bringen, bewältigt aber die **europarechtlichen Probleme** nicht. Auch diese Lösung ist nur eine nicht ganz so schlechte Lösung. Die Träger können schon jetzt nach freier Auswahl ihre Verwaltungsratsmitglieder benennen, können also durchaus andere aufnehmen als Kommunalvertreter. Widersprüchlich scheint es, wenn der Sparkassenbundesverband die interne Lösung der Kapitalprobleme der Sparkassen durch die vorhandenen Stützungsmöglichkeiten in der Ausschussanhörung als völlig ausreichend beschreibt, in der Praxis aber der Nospa nicht rasch hilft, sondern mit den Trägern und der Sparkasse über die Beträge verhandelt.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Koch [CDU])

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen - bevor Sie applaudieren, Herr Koch -, Stützungsmaßnahmen bedeuten natürlich keinen Freifahrtschein ins Glück, sondern müssen von einem **Sanierungskonzept** getragen werden, aus dem hervorgeht, wie künftig Fehler in der Sparkasse vermieden werden, die zweifellos gemacht worden sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das kann auch nicht der Anlass für die Änderung des Sparkassengesetzes sein. Sie wissen ja, dass die Kreissparkasse Lauenburg zurzeit prüft, die günstige Gelegenheit zu einer Eigenkapitalerhöhung zu nutzen, wenn das Sparkassengesetz geändert wird. Die haben weiß Gott schon die Anforderungen, die ein mögliches **Basel III** mit einer **Eigenkapitalausstattung** von 8 % erfordert, erfüllt. Das würde ich nicht in Abrede stellen.

(Thomas Rother)

(Christopher Vogt [FDP]: Noch!)

Die Gelegenheit ist ganz einfach günstig, Herr Vogt. Von daher stimmt die Argumentationslinie nicht, dass gerade den in Not geratenen Sparkassen durch diese Gesetzesänderung geholfen werden könnte.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Reden Sie mit den Leuten!)

Die **Gemeinwohlverpflichtung** der Sparkassen wäre allein schon durch eine Stammkapitalbildung dahin, weil auch ein öffentlicher Eigentümer dann schlichtweg Renditeinteressen hätte, weil er dann darüber verfügen kann, und damit der Charakter einer Sparkasse grundlegend verändert wäre. Da, Herr Koch, müssen auch wir unsere bisherige Position korrigieren, denn wir waren ja offen für eine öffentlich-rechtliche Beteiligungsmöglichkeit. Aber auch das würde es nicht besser machen, sondern nur nicht ganz so schlimm.

Trotz aller Veränderungen bei Randfragen des Gesetzestextes durch die Regierungsfractionen bleibt das Kernproblem der Stammkapitalbildung unangestastet und damit bestehen.

Durch die Einbeziehung der Haspa-Finanzholding und anderer freier Sparkassen in die Möglichkeiten zum Beteiligungserwerb liegt schlicht und ergreifend eine Teilprivatisierung vor.

(Beifall bei der SPD)

Das Bundesverwaltungsgericht hat festgestellt, dass es sich bei der **Haspa** um ein privates Rechtssubjekt handelt. Und auch die Mitteilung der EU-Kommission hat - bei allen Hintertürchen - erkennen lassen, dass sie die Haspa-Finanzholding eher als **Privaten** einordnen wird. Und bei der Sparkasse zu Lübeck ist dies bereits aufgrund einer beihilferechtlichen Entscheidung vor gut zwei Jahren erfolgt, siehe auch die Stellungnahme der Rechtsanwaltskanzlei Weißleder & Ewer, Seite zehn, die sich im Auftrag der Haspa mit diesem Thema befasst hat. Gibt es einen besseren Zeugen dafür, wo die Kinken in diesem Gesetzentwurf liegen?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Bei der Anwendung des EU-Rechts in Bezug auf die Niederlassungsfreiheit und Kapitalverkehrsfreiheit bliebe eine **Privilegierung** bestimmter **Rechtsträger** gegenüber anderen potenziellen Investoren unzulässig. Die EU-Kommission könnte wegen der

unzulässigen Veräußerungsbeschränkung ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten. Private Investoren könnten sich auf eine Gleichstellung berufen. Ein nicht zugelassener Privater, der bereit wäre, einen höheren Kaufpreis als ein öffentlich-rechtlicher Erwerbsinteressent zu bezahlen, könnte sich auf das europäische **Diskriminierungsverbot** berufen und sich gegebenenfalls in die Sparkasse hineinklagen. Und dass das Interesse Privater kein Hirngespinnst ist, hat der Vorgang um die Sparkasse Stralsund und die Deutsche Bank, die dort hinein wollte, ja schon bewiesen.

Erbärmlich bei diesem Gesetzesvorhaben ist die Rolle der Landesregierung. Nicht nur, dass sie die Arbeit - hier die Schmutzarbeit - die sie tragenden Fraktionen machen lässt, die Antworten auf die Kleinen Anfragen der Kollegin Heinold, des Kollegen Harms, des Kollegen Stegner und auch meiner Wenigkeit in Bezug auf die europarechtlichen Fragen des Sparkassengesetzes sind wirklich dreist. Diese Antworten kann man nicht mehr Antworten nennen, sondern „Ver-irgendwas-ung“.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Beachtlich ist auch, dass die Landesregierung 55.000 € für ein Rechtsgutachten der Kanzlei Freshfields zur Klärung europarechtlicher Fragen ausgegeben hat, also sehr wohl hätte präzise Antworten können. Und vielleicht wäre dann auch manchem in den Regierungsfractionen die Unterscheidung zwischen öffentlich-rechtlich, öffentlich und privat - das ist immer wieder durcheinandergeworfen worden - deutlich geworden.

Sogar der Deutsche Bundestag befasst sich mit diesem Thema, auch kein alltäglicher Vorgang in Bezug auf die Änderung eines Landesgesetzes.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ja, das ist doch gut, Herr Kubicki, die passen wenigstens auf.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Und auf EU-Ebene - Sie haben es heute in der „Welt“ lesen können - lauern Wirtschaftsliberale nur auf einen Anlass, den **öffentlich-rechtlichen Charakter** der **deutschen Sparkassen** endlich zu Fall zu bringen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

(Thomas Rother)

Von daher appelliere ich vor allem an die Kolleginnen und Kollegen aus der Union, die Warnungen vor dieser Gesetzesänderung ernst zu nehmen. Diese Warnungen kommen von den Beschäftigten - Vertreter sind ja hier -, auch der Beschäftigten der sogenannten freien Sparkassen, von den Sparkassen selbst, von Institutionen, die eher Ihnen als uns politisch nahestehen, und auch aus Ihrem eigenen politischen Lager mit Oberbürgermeisterin Petra Roth an prominentester Stelle.

Ich appelliere an dieser Stelle gar nicht an Ihr Gewissen, sondern vielmehr an Ihren Verstand, an Ihre eigene Fähigkeit,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

diese Bedenken nicht als Bedenkenträgerei abzutun, sondern sie ernst zu nehmen und nicht blindlings einen irreparablen Schaden anzurichten. Manche aus der CDU-Fraktion haben das ja schon bei Kreistagsresolutionen getan und sich gegen die Gesetzesänderung ausgesprochen. Auch in der Landtagsfraktion soll Ähnliches geschehen sein.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir befinden uns nicht in einem juristischen Seminar und sind auch nicht Spieler in einer Rechtskundelotterie. Aber alle Stellungnahmen zum Gesetzentwurf belegen Zweifel an der Rechtsauffassung des Gesetzentwurfes, selbst wenn sie ihn im Ergebnis tragen. Und auch die Veränderungen werfen mehr Fragen auf, als dass sie Antworten geben.

Es gibt also keine rechtliche Sicherheit, Ausrede oder Entschuldigung bei der Entscheidung. Wir müssen letzten Endes eine politische Entscheidung treffen. Bei solchen Entscheidungen heißt es wie immer, Risiken und Chancen abzuwägen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Es wäre schön, wenn Sie es hier auch tun würden.  
- Ich appelliere an Sie, gerade an die Kolleginnen und Kollegen der Union: Wir haben noch die Chance, die Sitzung kurz zu unterbrechen. Vertagen wir, beraten wir neu. Sie haben die Chance, diesen möglichen Schaden nicht nur von unserem Land, sondern von allen Sparkassen in Deutschland abzuwenden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Stoßen Sie nicht den ersten Dominostein einer Kette um, die die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesens zum Ziel hat. Stoppen Sie

diesen Domino-Day! Wir werden auch keine hämischen Kommentare abgeben. Ralf Stegner wird bis morgen früh nicht twittern; auch das können wir versprechen.

(Heiterkeit - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Dann denken wir darüber nach!)

- Das ist schön, wenn Sie nachdenken, Herr von Boetticher. Das freut uns. Das ist schon mal ein erster Schritt. Das ist gut.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir werden konstruktiv das Gespräch suchen. Es gibt viele Vorschläge, die uns ein Stück weiterbringen. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite des Parlaments, aber vor den Problemen die Augen weiter verschließen wollen, dann beantragen wir schon jetzt, Frau Präsidentin, eine namentliche Abstimmung, damit der Öffentlichkeit deutlich gemacht wird, wer auf ihre Interessen zur Sicherung einer **flächendeckenden Versorgung mit Finanzdienstleistungen** für jedermann pfeift oder auch nicht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Katharina Loedige das Wort.

**Katharina Loedige [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Situation der Sparkassen im Land ist sehr unterschiedlich. Einigen geht es sehr gut. Sie können auch den künftigen Anforderungen von Basel III gelassen entgegensehen. Einige möchten gern weiteres Know-how und neue Ideen in ihren Verwaltungsräten Platz nehmen lassen und können sich eine Beteiligung Dritter als für beide Seiten sehr fruchtbar vorstellen. Und leider gibt es Sparkassen, die aufgrund einer erheblichen finanziellen Schieflage als sogenannte Stützungsfälle die **Hilfe des Sparkassen- und Giroverbandes** des Landes und mittlerweile des **Bundes** in Anspruch nehmen müssen.

Entsprechend unterschiedlich fallen auch die Reaktionen der einzelnen Sparkassenverbände auf den Gesetzentwurf von FDP und CDU aus: von großer Ablehnung bis hin zu ungeduldiger Zustimmung.

(Martin Habersaat [SPD]: Was ist denn die Mehrheit?)



(Katharina Loedige)

Keine Sparkasse ist nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung gezwungen, Stammkapital zu bilden

(Beifall bei der FDP)

und einen **Anteil** von höchstens **25,1 %** auf andere Mitglieder der Sparkassenfamilie zu übertragen. Aber die Sparkassen, die diesen Schritt für richtig halten und sich schon länger dafür entschieden haben, können einen Dritten aus der Sparkassenfamilie in ihr Haus integrieren.

(Martin Habersaat [SPD]: Minderheitsposition!)

Der Vermutung einiger Sparkassenvorstände, dass die Vertreter der Träger im Verwaltungsrat mit einer Anteilsveräußerung nur ihre eigenen kommunalen Haushalte sanieren wollen, sind wir durch eine sogenannte Halteklausele von mindestens zehn Jahren entgegengetreten. Aber das mangelnde Vertrauen einiger Vorstände zu ihren Verwaltungsratsmitgliedern lässt mich aber doch schon sehr erstaunen. Die Vorstände wollen ihren Aufsichtsgremien doch wohl nicht unterstellen, die Kuh, die sie jährlich melken wollen, auf Diät zu setzen, sodass sie am Jahresende ihre Quote nicht erfüllen kann?

Bei allem Respekt vor der geradezu englisch anmutenden Altehrwürdigkeit des Sparkassenwesens und seiner Verdienste um den Sparwillen der Bevölkerung: Die Welt, auch die Sparkassenwelt, hat sich verändert. Die gemütlichen Zeiten sind vorbei, die Bastionen des früheren sanften rheinischen Kapitalismus, bewehrt mit den Wettbewerbsvorteilen der Gewährträgerhaftung, sind brüchig geworden und zum Teil gefallen. Wir wollen die Sparkassen wieder fit machen für den Wettbewerb durch die Herannahme frischen Geldes und neuer Ideen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Nur stille Einlagen durch Dritte zu ermöglichen hieße, alte Mauern ausbessern zu wollen. Neue stabile Fundamente, die die Standfestigkeit für eine aussichtsreiche Zukunft im **Wettbewerb** bieten, sind notwendig. Die EU-Problematik wurde von den angehörten Juristen aus Frankfurt am Main, aus Kiel und aus Berlin auch für Nichtjuristen anschaulich dargestellt. Mehrfach wurde von ihnen und auch von Professor Dr. Becker, den Sie eingeführt haben, erklärt, dass der Vorschlag des Sparkassenverbandes, **stille Einlagen** zu gewähren, auf EU-Ebene die gleichen Fragestellungen aufwirft wie der Ihnen heute vorgelegte Gesetzestext.

Selbst Professor Dr. Becker erklärte, dass er aus **europarechtlicher Sicht** keinen Unterschied zwi-

schen dem Gesetzentwurf der Landesregierung beziehungsweise der regierungstragenden Fraktionen und dem des Sparkassen- und Giroverbandes sieht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Man muss es wohl noch einmal ausdrücklich sagen: Die Europäische Kommission hat in ihrem Schreiben vom 16. April ausdrücklich erklärt, dass sie keinerlei bindende Stellungnahme zu einem Gesetzentwurf ihrer Mitgliedstaaten abgibt.

Das Schreiben als Ablehnung zu interpretieren, wie es die Grünen machen, Frau Heinold, ist also falsch und führt das interessierte Publikum in die Irre. Die Vorschläge der Kanzlei Freshfields und anderer Angehörter sind in den vorgelegten Entwurf eingeflossen und dienen der EU-Konformität.

Wie die Sozialdemokraten auf die in ihrer Pressemitteilung vom 9. Juni erklärten Befürchtungen kommen, ist weder dem Gesetzestext noch der stattgefundenen Anhörung zu entnehmen. Weder an der **Gemeinwohlorientierung** noch an dem sogenannten Konto für Jedermann sind in dem vorgelegten Entwurf Änderungen vorgenommen worden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Ängste der Sozialdemokraten sind hier unbegründet. Ganz im Gegenteil! Zum Erhalt der **Arbeitsplätze** bei den **Sparkassen** in unserem Land ist die Gesetzesänderung dringend notwendig. Denn Fusionen allein, wie in der Vergangenheit bei der Nospa und der Sparkasse Südholstein versucht, sind keine Lösung für in Schwierigkeit geratene Institute. Die Sparkasse Südholstein hat während und nach ihren **Fusionen** Arbeitsplätze abbauen und kleine Filialen schließen müssen. Dagegen hat die Sparkasse Mittelholstein mit ihrem Anteilsaktionär Haspa die Zahl ihrer Arbeitsplätze ausbauen und ihre Bilanz vergrößern können.

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von der CDU: Hört! Hört!)

An alten Zöpfen festhalten zu wollen, hieße, die Realität in der schleswig-holsteinischen Sparkassenlandschaft nicht wahrnehmen zu wollen. Die beiden vorhandenen **Stützungsfälle** binden die gesamte Kraft des schleswig-holsteinischen Sparkassen- und Giroverbandes.

(Zuruf der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD])

Eingeschaltet ist mittlerweile auch der Bundesverband. Die Träger, nämlich die Stadt Flensburg beziehungsweise die Kreise Segeberg, Pinneberg und

(Katharina Loedige)

die Stadt Neumünster, sind nicht in der Lage, ihren Sparkassen finanzielle Rückendeckung zu geben.

Die finanziellen Lasten, die die Sparkassen für die **HSH Nordbank** jährlich mitzutragen haben, kommen noch auf die jeweilige hausgemachte Schiefelage hinzu. Das hat ja auch diese Seite hier mit zu verantworten.

Die **Inanspruchnahme** der **Sicherungssysteme** bedeutet, insbesondere in wirtschaftlich für alle schwierigen Situationen, eine enorme Belastung für die anderen Sparkassen. Deren Eigenkapitalbasis wird durch die Inanspruchnahme weiter geschwächt, sodass mittelfristig ein Dominoeffekt eintritt.

Die Problematik der geringen **Eigenkapitaldecke**, die viele Sparkassen im Land trifft, könnte sich in den nächsten Jahren zudem verschärfen. Schärfere **Eigenkapitalvorschriften** wurden bereits beim G-20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009 beschlossen. Auch angesichts des Konsultationspapiers des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht vom Dezember 2009 sind künftig höhere Eigenkapitalanforderungen an Kreditinstitute zu erwarten. Diesen geänderten Voraussetzungen werden sich auch unsere Sparkassen zu stellen haben.

In dieser Lage die Augen verschließen zu wollen, ist auch gegenüber unserer mittelständischen Wirtschaft, die auf eine angemessene und ausreichende Kreditversorgung durch die Sparkassen angewiesen ist, verantwortungslos.

(Beifall bei FDP und CDU)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf folgende Aussage des Sparkassen- und Giroverbandes vom 10. April 2007 hinweisen, die sich auf die Zulässigkeit der Weiterveräußerung von nicht notleidenden Krediten bezog. Ich zitiere mit Erlaubnis:

„Denn bei der Vergabe von Krediten stehen die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Landesbanken im Wettbewerb mit den privaten Banken und Genossenschaftsbanken und verhalten sich bei Kreditentscheidungen wie diese Banken, rein erwerbswirtschaftlich. Sie handeln insoweit nicht als Hoheitsträger.“

Die positiven Erfahrungen, die die Sparkasse Südholstein und die freien Sparkassen im Lande mit der Haspa in den vergangenen Jahren gemacht haben, wollen wir allen anderen Sparkassen, die es wollen - nur, die es wollen - nicht vorenthalten.

Die freien Sparkassen in Schleswig-Holstein profitieren von den kapitalunterlegten Kooperationen

mit der Haspa. Sie konnten durch die Inanspruchnahme von Kooperationsleistungen Erlössteigerungen und Kostensenkungen erzielen, die zu einer nachhaltigen Stärkung der Sparkasse führten. Gleichzeitig haben sie ihre volle unternehmerische Eigenständigkeit bewahrt.

Die Stärkung des Eigenkapitals durch die Beteiligung der Haspa an den freien Sparkassen war die Grundlage für deren Wachstum. Das Kreditwachstum betrug bei den freien schleswig-holsteinischen Sparkassen in den Jahren 2002 bis 2008 rund + 19 %, bei den öffentlich-rechtlichen für den gleichen Zeitraum - 3 %.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Frau Abgeordnete Monika Heinold.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen sind mittelstandsorientiert, kennen ihre Kunden und sind in ihrer Region tief verwurzelt. Sie sind neben den Volks- und Raiffeisenbanken als **Finanzinstitute in kommunaler Trägerschaft** die wichtigsten Finanzpartner des **Mittelstands** in Schleswig-Holstein.

Die **Sparkassen** finanzieren fast jede zweite Investition schleswig-holsteinischer Unternehmen, sie finanzieren mit 73 % den größten Teil des Kreditvolumens des Handwerks und übernehmen jede zweite Existenzgründung. Mit 40 % tragen die Sparkassen maßgeblich den Mittelstandsfonds des Landes. Sie sind bei fünf von zehn Unternehmen die Hausbank. Statistisch gesehen, ist jeder zweite, jede zweite Schleswig-Holsteinerin Kunde einer Sparkasse, und die Sparkassen in Schleswig-Holstein sind Arbeitgeber für über 8.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie haben mit einer Ausbildungsquote von 9,5 % einen Spitzenwert.

Meine Damen und Herren, deshalb steht für die grüne Landtagsfraktion fest: Eine Änderung des Sparkassengesetzes darf die öffentlich-rechtliche Trägerschaft der Sparkassen nicht gefährden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Weil der vorliegende Gesetzentwurf - das wissen Sie ganz genau - dafür keine 100-%ige Garantie gibt, darf er heute hier nicht beschlossen werden.

(Monika Heinold)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, seitdem wir über die Änderung des Sparkassengesetzes reden, steht doch eine Frage im Raum: Warum dieser Gesetzentwurf, wenn er derart risikobehaftet ist? CDU und FDP - wir haben es gehört - argumentieren mit der notwendigen **Stärkung der Eigenkapitalbasis** der Sparkassen - ein ernst zu nehmendes Argument, denn auch die Sparkassen sind nicht ganz ungeschoren durch die Finanzkrise gekommen, und ihre Beteiligung an der HSH Nordbank birgt weitere Risiken.

Aber gerade an den Problemen der Sparkassen, denen es schlecht geht - Beispiel Nospa -, lässt sich doch festmachen, dass der Gesetzentwurf gar nicht hilft, diese **Altlasten** zu lösen, meine Damen und Herren

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und SSW)

- im Gegenteil. Letztlich wird für das Desaster der Nospa kein Dritter zahlen, sondern es wird die Stadt Flensburg und es wird der Sparkassenfonds sein, die für diese Verluste einstehen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von  
Boetticher [CDU])

Auch die beabsichtigte **Umwandlung** von Sicherheitsrücklagen in **Stammkapital** bringt erst einmal keinen Cent an Eigenkapital mehr, sondern ganz im Gegenteil: Wird Stammkapital gebildet, so muss dieses zukünftig verzinst werden. Damit wird die Eigenkapitalbasis geschmälert, nicht gestärkt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD, der LINKEN und SSW)

Immerhin haben CDU und FDP bei der Verwendung des Erlöses beim Verkauf von Stammkapitalanteilen nachgebessert. Erzielt der Sparkassenträger durch Anteilsübertragung Erlöse, so müssen diese für die Dauer von mindestens zehn Jahren als **stille Einlage** in der Sparkasse bleiben. Damit wird zumindest verhindert, dass es zu zusätzlichem Kapitalabfluss bei der jeweiligen Sparkasse kommt. Darauf hatten wir in der ersten Lesung hingewiesen. Auch das schnelle Kassemachen für die Kommunen ist damit erst einmal vom Tisch. Das war uns ganz wichtig.

Allerdings ist diese Nachbesserung nicht nachhaltig, denn auf die stille Einlage muss Zins gezahlt werden. Das ist erwähnt worden. Sie erfüllt auch die Anerkennung als Kernkapital nicht. Das Gesetz

läuft dem selbst erklärten Ziel entgegen, das Eigenkapital der Sparkassen zu stärken. Außerdem müsste eine solide Einlage marktgerecht verzinst werden, damit kein beihilferechtliches Problem aufgrund geltender EU-Gesetze entsteht. Diese Nachbesserung ist überhastet und mangelhaft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und SPD)

Meine Fraktion begrüßt die vorgenommene Klarstellung im Gesetz, dass das **Innenministerium** nicht befugt ist, im Rahmen der **Aufsicht** über die kommunale Haushaltswirtschaft zu verlangen, dass Träger von Sparkassen Stammkapitalanteile bilden oder bereits gebildetes Stammkapital übertragen müssen. Es wäre fatal, wenn die Kommunen vom Innenminister angewiesen werden könnten, ihre Anteile an den Sparkassen zu verhöckern, um Haushaltslücken zu schließen.

(Zurufe)

- Das habe ich eben gesagt. Haben Sie zugehört? - Der eigentliche Webfehler des Gesetzes bleibt trotz Nachbesserung nach wie vor bestehen: Das ist die Gefahr, dass dieser Gesetzentwurf ein nicht wieder rückgängig zu machender Einstieg in die **Privatisierung der Sparkassen** ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD, der LINKEN und SSW)

Das sieht auch der **Sparkassen- und Giroverband** so, also derjenige, dem Sie eigentlich helfen wollen. Er hat in den letzten Wochen Alarm geschlagen und vor einer Verabschiedung des Gesetzentwurfes gewarnt; leider vergeblich, denn CDU und FDP haben anscheinend auf Durchzug geschaltet und laufen sehenden Auges in das Risiko.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und der LINKEN)

Die FDP hat immer wieder die Umwandlung der Sparkassen in Aktiengesellschaften gefordert. „Privat vor Staat“, gilt für die FDP noch immer. Deshalb wundert es mich nicht, dass die Kollegen der FDP heute fröhlich zustimmen. Meine Damen und Herren von der CDU, ich sage noch einmal an Ihre Adresse: Dieser Gesetzentwurf ist kein Rettungsplan und auch kein Rettungspaket für die Sparkassen. Er ist das Privatisierungsprogramm der FDP.

(Anhaltender Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Sie werden doch vor Ort im Land mitbekommen haben, dass sich die Kreistage mit den Stimmen von CDU-Vertretern, die Handwerkskammern und

(Monika Heinold)

die IHK und auch der Sparkassen- und Giroverband gemeldet haben. Alle warnen vor dieser Gesetzesänderung. Ich frage mich: Wie weit haben Sie sich von Ihrer Basis entfernt? -

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Auch die Vollversammlung der IHK zu Lübeck hat am 15. Juni noch einmal an Sie appelliert, die Vereinbarkeit des Gesetzesentwurfs mit EU-Recht im Vorwege europarechtlich abzusichern, um das bewährte Drei-Säulen-Modell unserer Kreditwirtschaft nicht zu gefährden. Nehmen Sie diesen Appell ernst.

Meine Damen und Herren, zwar gehört die Haspa dem Hanseatischen Sparkassen- und Giroverband an und erfüllt damit die neu formulierte Bedingung in Ihrem § 4, es führt aber kein Weg daran vorbei, dass die **Haspa-Holding** nicht mit der für ein Gesetzesvorhaben notwendigen Gewissheit zum öffentlichen Sektor gehört, und dass es die rechtliche Einschätzung gibt, dass das Gesetz gegen die von der EU vorgegebene **Kapitalverkehrsfreiheit** verstößt, weil der Erwerberkreis von Stammkapital beschränkt wird. Die Stellungnahme der Europäischen Kommission zum Gesetzesentwurf ist ein unüberhörbarer Warnschuss aus Brüssel.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die EU-Kommission hat dies in deutlichen Worten ausgeführt. Das ist immer wieder zitiert worden und kann nachgelesen werden. Das sind deutliche Worte, die einen öffentlich-rechtlichen Status der Haspa verneinen. Auch CDU und FDP haben Zweifel am Status der Haspa. Warum sonst wurde die neue Formulierung im Gesetz über die **Beendigung einer Beteiligung** und die Rückabwicklung von übertragenem Stammkapital aufgenommen? - Konsequenter wäre es doch gewesen, auf die Bildung von Stammkapital ganz zu verzichten, um die Sparkassen in ihrer jetzigen Struktur nicht zu gefährden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD sowie vereinzelt bei der LINKEN)

Die Sparkassen ermöglichen es allen Bürgerinnen und Bürgern, ein Konto zu eröffnen, und zwar unabhängig vom Geldbeutel. Die Sparkassen stehen nicht für zügelloses und unreguliertes Gewinnstreben. Wahrscheinlich ist es das, was die FDP stört. Die Sparkassen stehen vielmehr für die Stärkung einer Region.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Die Sparkassen haben sich zum größten nicht staatlichen Förderer von Kunst, Kultur und gemeinnützigen Aufgaben entwickelt. Angesichts der dramatischen Haushaltslage ist das ein unverzichtbarer Beitrag.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Allein 2009 haben die **Sparkassen** in Schleswig-Holstein bei einer Bilanzsumme von über 36 Milliarden € unmittelbar oder über ihre **Stiftungen** über 14 Millionen € für **gemeinnützige Projekte** zur Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Ihr Gesetzesentwurf birgt das Risiko eines Einstiegs in die **Privatisierung der Sparkassen**. Lehnen Sie deshalb diesen Gesetzesentwurf hier und heute ab. Tragen Sie mit Ihrer Stimme dazu bei, dass die öffentlich-rechtlichen Sparkassen so erhalten bleiben, wie sie sind: gemeinwohlorientiert und bürgernah. Herr Ministerpräsident, Sie hatten am 7. Januar 2009 erklärt, dass Sie eine Gesetzesänderung nicht mitmachen, wenn die Begrenzung auf die Sparkassenorganisationen europarechtlich nicht abzusichern ist. Stehen Sie heute zu Ihrem gegebenen Versprechen, damit Wortbruch nicht zum Markenzeichen dieser Landesregierung wird. Verhindern Sie den Einstieg der Haspa, denn es ist nicht geklärt, ob damit nicht doch Privatrechtliche in unsere Sparkassen einsteigen und sie damit kaputtmachen.

(Anhaltender Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Für die Fraktion DIE LINKE hat Herr Abgeordneter Ulrich Schippels das Wort.

**Ulrich Schippels [DIE LINKE]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schon oft haben SPD und Grüne die Regierungskoalition hier aufgefordert, endlich zu handeln. Wir von der LINKEN waren da ein wenig skeptischer und zurückhaltender. Wir ahnten schon, was auf Schleswig-Holstein zukommt, wenn diese Regierung anfängt zu regieren. Dieses Chaos aber, das Sie von CDU und FDP beim Sparkassengesetz angerichtet haben, haben wir nicht erwartet. Dieses Chaos hat Schleswig-Holstein nicht verdient.

(Beifall bei der LINKEN)

Trotz aller rechtlicher Problematik, trotz aller Gefahren, vor allem auf der Ebene der Europäischen

(Ulrich Schippels)

Union, ziehen die beiden Regierungsparteien nun durch. Lesen Sie bitte die Stellungnahme des Sparkassen- und Giroverbandes von vorgestern. Sie wischen alle Warnungen einfach beiseite und riskieren mit Ihrer unausgegorenen Gesetzesänderung, dass die **Europäische Union** die Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen betreiben kann, eine Europäische Union, der sowieso das bewährte **System der öffentlich-rechtlichen Banken** in Deutschland ein Dorn im Auge ist, eine Europäische Union, die dieses System am liebsten gleich beerdigen möchte.

Der FDP wird dies gefallen. Ihr Ziel, das hier und heute nicht ausgesprochen ist, geht noch weiter, als es der uns vorliegende Gesetzestext vermuten lässt. Im Dezember 2007 formulierte Wolfgang Kubicki hier im Landtag: „Wir wollen momentan nicht an die öffentlich-rechtliche Struktur heran, aber wir müssen die Möglichkeit schaffen“. Das ist eine Drohung. Momentan soll die Struktur nicht angetastet werden, es soll aber die Möglichkeit geschaffen werden. Jetzt sind wir offensichtlich einen Schritt weiter.

Es geht der FDP unter anderem um die **Umwandlung** in eine **Aktiengesellschaft** und um die **Beteiligung** von **Privaten** mit bis zu 49,9 % des Stammkapitals. Das ist zum Beispiel im Wahlprogramm beschrieben. Letztlich geht es dieser Klientelpartei um die Durchsetzung ihres falschen Dogmas, dass privat per se gut und öffentlich oder staatlich automatisch schlecht ist. So einfach ist für manche die Welt, und auch die jetzige Finanzkrise bringt dieses Weltbild offensichtlich keineswegs durcheinander. Meine Damen und Herren von der FDP, wo ist denn die unsichtbare Hand von Adam Smith, in der Finanzkrise gewesen?

Weit und breit nichts davon zu spüren. Es sind doch die sichtbaren öffentlichen Hände, die das Finanzsystem vor dem endgültigen Kollaps bewahrt und auch bezahlt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vielleicht ist die unsichtbare Hand ja unsichtbar, weil es sie gar nicht gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Meine Damen und Herren, die Privatisierung der Sparkassen, das ist das Ziel der FDP. So weit sind wir zum Glück noch nicht ganz, aber leider wird dieses Horrorszenerario mit diesem Gesetzentwurf doch sehr viel realistischer.

Und Sie von der CDU? Sie machen bei dieser Scharrade mit? Alles zum Wohl der Sparkassen? - Dann nehmen Sie doch bitte einmal die Bedenken ernst! Warum besteht denn nach Ihrem Gesetzesentwurf jetzt die Möglichkeit, dass sich die Träger von einem Teil ihres Stammkapitals trennen können? Dient das etwa der Stärkung der Eigenkapitaldecke? Pustekuchen!

**Klamme Kommunen** werden ihr letztes Tafelsilber verkaufen. Klamm sind die Kommunen deshalb, weil Sie von den Regierungsparteien - vor zwei Jahren war auch die Sozialdemokratie dabei, Stichwort „Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs um 120 Millionen € im Jahr“ - den Kommunen die Luft zum Atmen genommen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Die letzten Gesetzesänderungen auf Bundesebene bedeuteten 70 Millionen € im Jahr, 70 Millionen € im Jahr weniger in den Kassen der Kommunen von Schleswig-Holstein. 70 Millionen, die auch für die soziale Infrastruktur fehlen.

Meine Damen und Herren von der FDP, wenn Sie so weitermachen, dann werden Sie sich sehr schnell außerhalb des Parlaments wiederfinden.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie machen eine Politik für die oberen 10.000, und das sind nach Adam Riese keine 5 %.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Umfragen gehen ja zum Glück in die richtige Richtung. Das rasante Tempo, mit dem sich die FDP in der Regierungsverantwortung, sowohl in Berlin als auch in Kiel, selbst entzaubert, ist schon erstaunlich, aber aus unserer Sicht begrüßenswert.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie von der CDU werden auch nicht ungeschoren davonkommen, wenn Sie sich zum Steigbügelhalter von Herrn Kubicki machen. Er hat es ja offensichtlich nicht einmal nötig, der Debatte zu folgen. Ich hoffe, er wird auch bei der Abstimmung nicht dabei sein, aber ich fürchte, dann ist er wieder da.

Meine Damen und Herren, Sparkassen sind nicht vom Himmel gefallen. Zum Beispiel in Kiel, in der Stadt, in der wir tagen, wurde die Sparkasse 1896 gegründet. Die Erweiterung zu einer Leihkasse erfolgte drei Jahre später. Gegründet wurde die Sparkasse von der Gesellschaft freiwilliger Armenfreunde. Die Kieler Spar- und Leihkasse war zunächst gedacht als ein wohltätiges Institut, bei dem die „dienende oder im Tagelohn arbeitende Klasse“ -

(Ulrich Schippels)

so Ulrich Lange in dem Standardwerk zur Geschichte der Stadt Kiel -, also Dienstboten, Tagelöhner, Handarbeiter und Seeleute, Ersparnes gegen Zins verwahren lassen konnten, um für alle Fälle einen Notgroschen zu haben.

Die Spar- und Leihkasse war ursprünglich - soziale Marktwirtschaft war damals noch kein Thema - als reines Verlustunternehmen konzipiert, das bei gleichem Zinsfuß für Einlagen und Darlehen zwangsläufig Einbußen erlitt. Sparkassen waren nicht dafür da, sich zu rechnen, sie waren dafür da zu helfen, Armut zu verhindern. Und in der **öffentlich-rechtlichen Struktur der Sparkassen** hallt auch heute noch diese Ausrichtung nach. Dies ist auch heute noch Teil der Geschäftsgrundlage. Es geht nicht darum, Gewinn zu generieren. Es geht darum zu helfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren von der FDP - auch Herr Kalinka ist gemeint -, das ist Ihnen augenscheinlich ein Dorn im Auge. Das übersteigt zumindest bei der FDP offensichtlich den Horizont. Bei der HSH Nordbank haben wir gesehen, wie schnell man ein renditeorientiertes Geschäftsmodell gegen die Wand fahren kann.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Bei der **HSH Nordbank** haben wir gesehen, was passieren kann, wenn Anteile an renditeorientierte Investoren verkauft werden.

(Zuruf des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Dann gilt nicht mehr die gesellschaftliche Verantwortung, dann hat das Jedermannkonto auch für Arme keinen Wert mehr, dann wird die Unterstützung von sozialen Initiativen zum Kostenfaktor und nicht mehr zum Wert an sich.

Genau das Gleiche wird bei den öffentlich-rechtlichen Sparkassen passieren, unabhängig von der juristischen Frage in Bezug auf den Status der Haspa. Warum will sich denn die Haspa an den Sparkassen in Schleswig-Holstein beteiligen? Warum will sie sich denn einkaufen? Aus Nächstenliebe? Weil sie die Sparkassen in Schleswig-Holstein so gern hat? Nein, sondern weil sie sie zum Fressen gern hat.

(Beifall bei der LINKEN und SSW)

Bei der HSH Nordbank änderte sich das Geschäftsklima, als die WestLB Anteile erworben hatte, also noch vor Flowers. Es bedurfte gar keines privaten Investors. Den Sparkassen in Schleswig-Holstein

steht nun das Gleiche bevor. Ein **Investor** will Rendite sehen und keine sozialen Wohltaten.

(Beifall bei der LINKEN und SSW)

Ich möchte noch kurz einiges zur Geschäftspolitik der Haspa sagen. Noch 2006 hatte die Haspa extra Kontonummern für sogenannte zahlungsschwache Kunden. Diese begannen mit 1199. 1199-Konten, das heißt kein Dispo, keine EC-Karte, Konten nur auf Guthabenbasis. Das wissen natürlich alle Kreditinstitute, sodass 1199-Kunden praktisch niemals einen Kredit bekamen - Stigmatisierung per Kontonummer. Diese Brandmarkung mittelloser Kundinnen und Kunden - diese Bezeichnung stammt nicht von mir - wurde erst nach Intervention des Hamburger Datenschutzbeauftragten eingestellt. Trotz öffentlicher Debatte gab es damals bei der Haspa keine Einsicht, nur der Druck führte zu Korrekturen.

Diese kleine Episode verdeutlicht vielleicht ein wenig die Geschäftspolitik der Haspa. Mit der ursprünglichen Intention von Spar- und Leihkassen hat das nichts, aber auch gar nichts zu tun. In die Öffentlichkeit ist die Haspa auch geraten, weil sie zum Beispiel Lehman-Zertifikate vertickt hat, ohne ausreichend über die Risiken zu informieren. Sie ist dafür ja auch schon verklagt worden.

Die **Hamburger Verbraucherzentrale** hat auch kritisiert, dass die Haspa **Derivate, Schuldverschreibungen**, übrigens emittiert von Credit Suisse, J. P. Morgan und der HSH Nordbank, überwiegend an Rentnerinnen und Rentner vermittelt. Ein überaus kompliziertes Produkt, bei dem der Zinssatz von Konstellationen abhängig gemacht wird wie dem Abstand zwischen dem Zehn- und dem Zwei-Jahres-Swap-Satz in Euro multipliziert mit 2,5. Erklären Sie das einmal den Rentnerinnen und Rentnern!

Eine solche Geschäftspolitik möchte ich nicht in Schleswig-Holstein etabliert wissen, zumindest nicht bei unseren Sparkassen.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn Ihnen das alles unwichtig ist, nehmen Sie wenigstens die Kritik der Vereinigung der Fachverbände und der Kreishandwerkerschaften zur Kenntnis! Falls Sie es vergessen haben sollten: Es ist der Umdruck 17/846. Selbst im Krisenjahr haben die **Sparkassen** so viele Kredite an das **Handwerk** ausgelegt wie kaum zuvor.

**(Ulrich Schippels)**

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wenn wir schon dabei sind: Die HSH Nordbank hat sich vor Kurzem noch geweigert, eine abgesicherte Zwischenfinanzierung für die in Kiel ansässige Lindenau Werft durchzuführen, von den privaten Banken einmal ganz zu schweigen, die ducken sich ganz schnell weg. Wer ist eingesprungen? Die Sparkassen.

Die Sparkassen haben sich in der Krise als verlässliche Partnerinnen des Handwerks erwiesen, die Sparkassen sind der letzte Anker vor den Irrungen und Wirrungen des außer Rand und Band geratenen internationalen Finanzsystems.

Die Vereinigung der Fachverbände und der Kreishandwerkerschaften fordert - ich zitiere aus Umbruck 17/846 -:

„Damit sich das Handwerk in Schleswig-Holstein weiter so positiv entwickeln kann und weiter das Rückgrat der schleswig-holsteinischen Wirtschaft bilden kann, sind starke öffentlich-rechtliche Sparkassen unumgänglich.“

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, halten Sie inne. Machen Sie eine solide Politik für die Menschen in unserem Land. Bitte: keine juristischen Abenteuer. Hören Sie auf die Experten aus den Reihen der Sparkassen und der heimischen Wirtschaft. Hände weg von unseren Sparkassen!

(Beifall bei der LINKEN sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Für die Fraktion des SSW hat nun Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Denn sie wissen nicht, was sie tun. - So entschuldigte Jesus seine Peiniger vor Gott.

(Unruhe)

Ich habe nicht vor, die Politik dieser Landesregierung und der Koalitionsfraktionen zu entschuldigen. Im Gegenteil. Dieser Landtag wird heute in der zweiten Lesung eine Änderung des Sparkassengesetzes verabschieden, von der niemand genau weiß, was sie bringt, und die auch niemand haben will. Eine solche Politik mit so viel Unsicherheiten ist nicht zu entschuldigen, sie ist einfach dumm.

(Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

Jeder zweite Bürger Schleswig-Holsteins ist Kunde bei einer Sparkasse, fünf von zehn Unternehmen haben eine Sparkasse als Hausbank, und die **Sparkassen** finanzieren fast jede zweite Existenzgründung im Land. Sie haben einen **Marktanteil** von 37 %, 350 Filialen, 145 Selbstbedienungszentren, 836 Geldautomaten und - das Wichtigste - 8.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Schleswig-Holstein.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Außerdem haben die Sparkassen von 2000 bis 2009 rund 500 Millionen € Steuern im Land gezahlt und 14 Millionen € in Kultur, Sport und soziale Projekte gesteckt. Das ist eine beeindruckende Bilanz, und genau diese beeindruckende **Bilanz** wollen wir als SSW nicht gefährden.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf gibt die Landesregierung vor, die Sparkassen stärken zu wollen. Das Problem ist nur, dass die Landesregierung mit ihrem Gesetzentwurf genau das Gegenteil erreicht. Statt die Sparkassen durch die Bildung von Stammkapital zu stärken, wird die **Teilprivatisierung** der Sparkassen eingeläutet und die Eigenkapitalbasis geschwächt.

Die Teilprivatisierung wird durch die Zulassung **landesfremder Minderheitsbeteiligungen** an den Sparkassen eingeläutet. Im Klartext: Andere freie und öffentlich-rechtliche Sparkassen in Deutschland dürfen bis zu 25,1 % des **Stammkapitals** der Sparkassen erwerben.

Ganz oben auf der Liste der Interessenten steht die **Haspa** aus Hamburg. Die Haspa ist allerdings eine freie Sparkasse, sodass mit einem möglichen Erwerb von Sparkassenanteilen auch andere Privatbanken die Möglichkeit bekommen, sich einzukaufen. Nicht nur, dass mit dem Gesetzentwurf aufgrund des Diskriminierungsverbotes gegen EU-Recht verstoßen wird, es wird auch der Zerstörung des öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesens Tür und Tor geöffnet.

Wenn die Landesregierung jetzt sagt, dass der **rechtliche Status** der Haspa noch gar nicht geklärt ist, macht es das erstens nicht besser und stimmt zweitens auch nicht. Nicht nur die Europäische Kommission hat in ihrer Stellungnahme zum Gesetzentwurf darauf hingewiesen, dass es keine gesetzliche Grundlage gibt, in der die Haspa als **öffentlich-rechtlich** definiert wird. Außerdem hat die

(Lars Harms)

Haspa selbst 1984 vor dem Bundesverwaltungsgericht erstritten, dass sie nicht den öffentlich-rechtlichen Sparkassen zuzuordnen ist; dadurch hat sie sich vom Regionalprinzip befreit. Es gibt also höchstichterliche Rechtsprechungen, aus denen eindeutig hervorgeht, dass die freiwillige Unterordnung der Haspa unter bestimmte Grundsätze der Sparkassenpolitik noch lange keine öffentlich-rechtliche Sparkasse aus ihr macht.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, nur weil Sparkasse draufsteht, muss noch lange keine echte Sparkasse drin sein. Nach dieser eindeutigen Rechtslage kann mir keiner mehr erzählen, dass es bei diesem Gesetzentwurf nicht um eine Teilprivatisierung des kommunalen Sparkassenwesens geht.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Mit der Minderheitsbeteiligung anderer Sparkassen an den Sparkassen soll die **Eigenkapitalbasis** der Sparkassen gestärkt werden, so heißt es. Gerade dadurch wird die Kapitalbasis aber geschwächt. Mit der Bildung von Stammkapital ist nämlich kein automatischer Zufluss von Kapital an die Sparkassen verbunden. Die Verkäufer von Stammkapital sind nämlich an erster Stelle die Kommunen, die angesichts der desolaten Finanzlage vor allem ein Interesse daran haben werden, ihren eigenen Haushalt aufzupäppeln und sich daher dem Veräußerungsdruck von Sparkassenanteilen gar nicht verschließen können.

Da hilft auch kein Zwang zum **Halten von stillen Einlagen**. Ob dieses überhaupt rechtens ist, ist ungeklärt, und selbst nach der zeitlichen Begrenzung könnte das Kapital abgezogen werden. Darüber hinaus müsste dieses Kapital, das vielleicht gar nicht benötigt wird, auch noch marktgerecht verzinst werden, was die Sparkassen dann wieder schwächt.

Im Übrigen bleibt es weiterhin für die Kommunen attraktiv, Anteile zu veräußern, denn so erhält man in zehn Jahren seinen Verkaufserlös. So doof sind die Kommunen auch nicht, dass sie nicht zehn Jahre vorausplanen können. Und in der Zwischenzeit erhalten die Kommunen eine Vergütung für ihre stillen Einlagen, die höher sein wird als für eine Stammeinlage, weil ja die Stammeinlage Mitspracherecht gibt und somit geringer vergütet wird als eine stille Einlage ohne Stimmrecht. Der Druck zum Verkauf für notleidende Kommunen bleibt somit bestehen.

Es ist also mehr als fraglich, ob die Sparkassen von dem Verkauf überhaupt einen finanziellen Vorteil haben. Einen finanziellen Nachteil haben sie auf jeden Fall. Denn jeder Käufer von Stammkapital hat ein Recht auf Rendite und hofft natürlich auf eine möglichst hohe Rendite. Die **Gewinne** werden also aus den Sparkassen abgeführt, und zwar auch in **andere Bundesländer** wie zum Beispiel Hamburg. Vergessen Sie nicht meinen Hinweis vorhin mit den Steuerzahlern und den Sparkassen. Die gehen also jetzt in andere Bundesländer. Mit dem Regional- und Verankerungsprinzip der kommunalen Sparkassen dürfte es kaum vereinbar sein, dass Gewinne aus der regionalen Wirtschaft und der Bevölkerung an anonyme Kapitalgeber in landesfremde Gebiete fließen. Aber die Bewahrung der bisherigen Aufgabenstellung der Sparkassen scheint ja sowieso nicht mehr im Interesse dieser Landesregierung zu liegen.

Frau Loedige hat bereits bekannt gegeben, dass dieser Gesetzentwurf erst der Anfang ist und die FDP eigentlich eine Beteiligung von 49,9 % ermöglichen wollte. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird also ein grundsätzlicher **Paradigmenwechsel** in der Geschäftspolitik der Sparkassen eingeläutet, der auf Teilprivatisierung, Fremdbestimmung und Marktorientierung setzt.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die bisherigen Aufgabenstellungen der Sparkassen, also Bildung eines regionalen Geschäftsgebietes, Sicherstellung der Kreditversorgung des Mittelstandes, Orientierung am Gemeinwohl und der Verzicht auf ein einseitiges Streben nach Rendite, werden mit diesem Gesetzentwurf von einer gewinn- und ausschüttungsorientierten Bankenlandschaft überrollt.

Mit der Logik dieser Landesregierung führt eine verbesserte Eigenkapitalausstattung der Sparkassen dazu, dass diese zukünftig bei verschärften Eigenkapitalanforderungen besser bestehen können. Also, je mehr Eigenkapital, desto höher die **Leistungsfähigkeit** der Sparkasse **am Markt**. Dazu kann ich aus Sicht des SSW und den Erfahrungen des letzten Jahres nur sagen: Das hatten wir schon einmal bei der HSH Nordbank. Wir alle haben mitgekriegt, wozu der Drang nach mehr Rendite und riskanteren Geschäften geführt hat. Warum also sollten wir die Sparkassen in die gleiche Situation drängen? Warum also sollten wir die gleichen Fehler wieder machen, die schon einmal begangen worden sind?



(Lars Harms)

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Lieber Herr Kollege Kubicki, es hat sich als großer Vorteil erwiesen, dass diese mittelständisch orientierten Sparkassen und auch die Volks- und Raiffeisenbanken gerade nicht in so hohem Maße an den internationalen Finanzmärkten beteiligt waren. Diese Banken sind relativ unbeschadet aus der Wirtschafts- und Finanzkrise herausgekommen. Eine Änderung der Geschäftspolitik der Sparkassen führt also nicht nur zu der Gefahr, dass diese dem steigenden **Renditedruck** nachgeben und riskante Geschäfte eingehen, auch die Aufgabe nicht attraktiver Kundenverbindungen und Geschäftsfelder, die Verödung des ländlichen Raums und die Beendigung des öffentlichen Auftrages stehen im Raum, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Aber das ist ja nicht neu, diese Landesregierung tritt die Schwachen mit Füßen und lässt den ländlichen Raum veröden. Insofern hat dieses Gesetz System.

Für den SSW möchte ich ganz klar sagen, dass wir diese Politik nicht unterstützen. Wir tragen die Lobbypolitik dieser Landesregierung zugunsten einstiegsbereiter Großbanken nicht mit. Die Sparkassen haben durch ihren Verband und ihre Trägerstruktur ausreichend Möglichkeiten, um vorhandene Probleme innerhalb der Sparkassenstruktur zu lösen. Und sie haben bereits selbst bekannt gegeben, dass sie eigene Probleme selbst lösen können und auch wollen.

Die Landesregierung legt großen Wert darauf zu betonen, dass das Gesetz ein „**Kann-Gesetz**“ ist. Da bleibt also nur noch die kleine Hoffnung, dass keine einzige Sparkasse in Schleswig-Holstein die Irrwege, die dieses Gesetz bietet, jemals geht. Aber besser wäre es, wenn dieser Gesetzentwurf in den Mülleimer der Geschichte geworfen würde.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Deshalb, meine Damen und Herren, stimmen wir als SSW gegen den Gesetzentwurf und fordern jeden verantwortungsvollen Politiker auf, es uns gleichzutun.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich nun das Wort dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Dr. Christian von Boetticher.

**Dr. Christian von Boetticher [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht wäre es doch noch einmal sinnvoll, sich die **Sparkassenlandschaft** in Schleswig-Holstein im Einzelnen anzugucken. Wir haben Sparkassen, die nach ihren eigenen Bilanzen und Bekundungen nach außen im Augenblick sehr gut dastehen. Die sagen: Wir brauchen ein solches Gesetz nicht. Das nehmen wir zur Kenntnis. Wir haben Sparkassen, die im Augenblick in Schwierigkeiten sind, entweder weil die Eigenkapitalausstattung nicht besonders gut ist oder weil es in der Tat bankinterne Probleme gibt. Die sagen uns: Macht bitte etwas. Wir brauchen dringend einen stärkeren Partner. Die verlangen also geradezu nach dieser Öffnung.

Eines müssen Sie feststellen: Die Lage hat sich im letzten halben Jahr dramatisch verändert. Das merken selbst die Sparkassen, die uns noch vor einem halben Jahr gesagt haben: Macht das Gesetz nicht, wir brauchen es nicht. Sie stellen nämlich im Augenblick fest, dass nicht nur die HSH Nordbank, sehr geehrter Herr Kollege Stegner, die ja in Ihrer Zeit die richtigen Weichenstellungen dafür vorgenommen hat, damit es dann zu dieser dramatischen Lage dort gekommen ist, wodurch die Sparkassen heute erheblichen Wertberichtigungsbedarf haben - -

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Habeck?

**Dr. Christian von Boetticher [CDU]:**

Eine Minute bitte! - Es ist also nicht nur die HSH Nordbank, sondern es geht auch um den **Stützungsfall Nospa**. Dieser Stützungsfall Nospa hat ja nicht nur Auswirkungen auf die Nospa, sondern hat über den Sicherungsfonds Auswirkungen auf alle Sparkassen in diesem Land. Selbst die Sparkassen, die uns noch vor einem halben Jahr mit stolzgeschwellter Brust gesagt haben, das brauchten sie alles nicht, sind heute erheblich ruhiger geworden, weil sie alle feststellen, dass sie mittlerweile das, was an **Wertberichtigungsbedarf** auf der einen Seite und an **Stützungsgeldern** auf der anderen

**(Dr. Christian von Boetticher)**

Seite nötig ist, am Ende vielleicht gar nicht mehr so beherrschen können, wie sie das am Anfang geglaubt haben.

Darum ist auch der **Sparkassen- und Giroverband** in den Verhandlungen auf viele der Positionen eingegangen. Wir haben uns am Ende in elf Punkten auf einen gemeinsamen Weg verständigt. Es gibt, wie Sie zu Recht deutlich gemacht haben, in dem Brief von vorgestern einen einzigen Punkt, wo der Sparkassen- und Giroverband gesagt hat: Der ist leider nicht ausgeräumt. Darum können wir nicht zustimmen. Diesen einen Punkt will ich gern nennen. Das ist der Punkt, wo wir am Anfang vorgesehen hatten, dass die Kreise 25,1 % veräußern können und das Geld in den Kreishaushalt fließt. Die Sparkassen hatten Angst davor, weil sie gesagt haben: Das entzieht uns das Geld, das soll nicht sein. Daraufhin haben wir gesagt: Okay, dann wandeln wir das um in eine **stille Einlage** mit einer **Bindungsfrist** von mindestens zehn Jahren. Jetzt sagt uns der Sparkassen- und Giroverband: Besser wäre es, weil es dann Kernkapital ist, wenn es 30 Jahre wären.

Das ist der letzte Dissens, der da ist. Das will ich an dieser Stelle deutlich sagen.

Ansonsten haben viele in diesem Land erkannt, dass der Weg durchaus ein vernünftiger und ein richtiger ist.

(Zuruf von der LINKEN: Quatsch!)

Ich nehme jetzt gern die Zwischenfragen entgegen.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Zunächst, Herr Dr. Stegner, gibt es die Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Habeck. Dann - mit Genehmigung des Abgeordneten Dr. von Boetticher - können Sie eine weitere Frage stellen.

**Dr. Robert Habeck** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr von Boetticher, Sie sprachen davon, dass mehrere Sparkassen an die Landesregierung oder an die CDU- und FDP-Fraktion - ich habe es nicht genau verstanden - herangetreten sind, weil sie notleidend sind und um Hilfe bitten. Welche sind das denn?

**Dr. Christian von Boetticher [CDU]:**

Ich habe nicht gesagt, dass mehrere an uns herangetreten sind. Aber ich kann Ihnen sagen: Es waren beispielsweise die Sparkasse Südholstein

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es war mehr als eine?)

und die Sparkasse Lauenburg, die deutlich gemacht haben, dass sie die Öffnung haben möchten.

(Zurufe - Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darf ich nachfragen?)

- Ja.

**Dr. Robert Habeck** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Würden Sie die Sparkasse Lauenburg als notleidende Sparkasse bezeichnen?

(Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Günther Hildebrand [FDP] - Weitere Zurufe)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Herr Kubicki, die Antwort auf diese Zwischenfrage erteilt der Herr Abgeordnete Dr. von Boetticher.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

**Dr. Christian von Boetticher [CDU]:**

Ich habe die Frage nicht verstanden.

(Zurufe)

- Wenn Sie nicht dazwischenrufen würden, könnte ich auch die Frage verstehen.

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Ich bitte Sie um Ruhe. Die Antwort erteilt Herr Abgeordneter Dr. von Boetticher.

**Dr. Robert Habeck** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich nehme zur Kenntnis, dass die Sparkasse Südholstein notleidend ist. Das ist das eine. Die Frage ist, ist die Sparkasse Lauenburg nach dieser Rechnung auch notleidend?

**Dr. Christian von Boetticher [CDU]:**

Es geht darum, welche Sparkasse jetzt meint, ihr Eigenkapital verstärken zu müssen. Das habe ich deutlich gesagt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich! - Zuruf des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Ich habe nichts von notleidend gesagt.

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Dr. Christian von Boetticher [CDU]:**

Ja.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Sehr geehrter Herr Kollege Dr. von Boetticher, ich habe zwei Fragen an Sie. Sie haben vorgetragen, dass Sie sich mit dem Sparkassen- und Giroverband in fast allen Punkten inzwischen verständigt hätten. Trägt denn der Sparkassen- und Giroverband jetzt den Gesetzentwurf mit? Findet der das gut, was Sie vorlegen?

Zweitens. Können Sie bestätigen, Herr von Boetticher, dass es Ihr Koalitionspartner, der Kollege Kubicki, gewesen ist, der hier im Landtag sinngemäß gesagt hat, diese Lösung, die Sie jetzt vorschlagen, sei nur die zweitbeste Lösung, aber die beste komme dadurch zustande, dass diese Lösung in Europa ohnehin scheitern werde, weil dann nämlich die allgemeine Privatisierung zugelassen werde?

- Ich habe von diesem Satz von Herrn Kubicki nichts gehört. Im Übrigen, zur Bestätigung müssen Sie ihn selber fragen und nicht mich, denn ich bin nicht derjenige, der irgendetwas gesagt haben soll. Punkt eins.

Punkt zwei. Was war die erste Frage?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sparkassen- und Giroverband!)

- Ach so, Sparkassen- und Giroverband und die Einigung. Das geht doch aus dem Brief deutlich hervor. Der Brief des Sparkassen- und Giroverbandes sagt, hier ist noch ein Punkt, der ist offen, den erkennen wir auch als offen an, und wegen diesem Punkt bitten wir um Verschiebung.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Ein neuer Punkt!)

- Nein, kein neuer Punkt, sondern der Punkt, den ich eben ausführlich erläutert habe. Der ist in der Tat offen.

Herr Stegner, nun wollen Sie mir aber doch nicht ernsthaft sagen, dass Sie Ihre Zustimmung zu einem Gesetz immer davon abhängig machen würden, ob der betroffene Verband zustimmt. Das tun wir auch nicht.

Im Übrigen darf ich Ihnen zum Abschluss noch sagen: Sie haben gesagt: Keine Privaten reinlassen.

Genau das tun wir mit unserem Gesetzentwurf. Wenn Sie das durchlesen würden, sähen Sie, dass sich nur beteiligen darf, wer Mitglied eines regionalen Sparkassen- und Giroverbandes ist, unter staatlicher Aufsicht steht, auf Wahrung von sparkassentypischen Aufgaben sowie dazu verpflichtet ist, etwaige Ausschüttungen und Liquidationserlöse gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken zuzuführen. Mir ist nicht bekannt, dass dies bei der Deutschen Bank der Fall wäre.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich nun der Vorsitzenden der SSW-Fraktion, Frau Anke Spoorendonk, das Wort.

(Günther Hildebrand [FDP]: Warum ist die Haspa da noch drin? Die gehört doch da gar nicht rein! - Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie doch mal!)

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Beitrag des Kollegen von Boetticher ließ mich ein bisschen aufhorchen. Denn der Beitrag hörte sich so an, als sei dieses ganze Anliegen erst jetzt, innerhalb des letzten halben Jahres in einen konkreten Gesetzentwurf gegossen worden. Es mag sein, dass sich die Situation der Sparkassen dramatisch verändert hat. Ich wage das allerdings zu bezweifeln. Das **Anliegen**, lieber Kollege von Boetticher, ist **älter**.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Situation mag sich verändert haben, aber die Intention, das Sparkassengesetz aufzubrechen, ist älter. Das war von Anfang an ein Wunsch der FDP. In der Schlussphase der Großen Koalition hat die CDU das auch vorgebracht. Ein bisschen Geschichtsforschung ist hier angebracht.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Das Wort für die Landesregierung hat nun Herr Minister Klaus Schlie.

**Klaus Schlie, Innenminister:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung begrüßt den Gesetzentwurf

**(Minister Klaus Schlie)**

der Fraktionen von CDU und FDP zur Änderung des Sparkassengesetzes.

(Zurufe von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

- Wieso, Sie wollten doch die Position der Landesregierung kennenlernen. Jetzt teile ich sie Ihnen mit.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Abgeordneter Dr. Stegner, ich komme noch zu Ihnen.

Er stärkt die Sparkassen und macht die Sparkassen zukunftssicherer.

Die Landesregierung hat übrigens - Herr Abgeordneter Rother, ich will das gleich am Anfang sagen - hohen Respekt vor dem Gesetzgeber, vor allen Dingen dann, wenn ein Gesetzgebungsverfahren aus dem Parlament heraus gestaltet wird. Mein besonderer Respekt gilt den Abgeordneten, die diese schwierige rechtliche Materie mit hohem Sachverstand und großer Kompetenz ausgefüllt haben. Ich gestatte mir diese Bemerkung: Mein ganz besonderer Respekt gilt Ihnen, Herr Abgeordneter Koch. Ich beziehe in diesen Respekt übrigens nicht den Wortbeitrag des Kollegen Harms mit ein.

Nun zu Ihnen, Herr Dr. Stegner. Das **Gutachten** der Kanzlei **Freshfields**, das der Abgeordnete Rother angesprochen hat, ist ein Gutachten aus der Zeit der Großen Koalition, übrigens damals auf besonderen Wunsch des damaligen Innenministers - das waren Sie damals schon nicht mehr - und des damaligen Justiz- und Europaministers - der allerdings Ihrer Partei angehörig war - in Auftrag gegeben. Beide haben das besonders gewünscht. Nun kann ich nichts, überhaupt nichts, Herr Abgeordneter Rother, wirklich nichts dafür, dass dieses Gutachten, das damals, in der Regierungszeit der Großen Koalition in Auftrag gegeben worden ist, zu eindeutigen Ergebnissen gekommen ist, die Ihnen nicht passen, die aber rechtlich eindeutig bestätigen, dass die von den regierungstragenden Fraktionen formulierte Öffnung des Sparkassengesetzes **europarechtskonform** ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Abgeordnete Spoorendonk, ich bin Ihnen sehr dankbar. Es ist richtig, was hier gesagt worden ist, dass das keine Erkenntnis dieser Koalition aus CDU und FDP ist, dass es notwendig ist, die Eigenkapitalbasis der Sparkassen zu stärken. Das ist auch eine Erkenntnis gewesen, die bereits in der Großen

Koalition vorhanden war. Jeder, der sich einigermaßen mit der Materie auskennt, weiß, dass es notwendig ist. Es geht kein Weg daran vorbei.

**Starke und zukunftssichere Sparkassen** sind wichtig für Schleswig-Holstein, seine Bewohner und die hier ansässigen mittelständischen Unternehmen. Denn zu den Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum gehört eben auch die Möglichkeit der heimischen Sparkassen, entsprechende Kreditwünsche erfüllen zu können. Die Landesregierung bekennt sich ausdrücklich zu den Sparkassen. Insbesondere in der Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen wir noch immer spüren, sind sie es gewesen, die sich in herausragender Weise bewährt haben. Es war und ist zu spüren, dass die Sparkassen bei den Kunden ein besonderes Vertrauen genießen.

Die Sparkassen sind ein Stabilitätsfaktor im Kreditwesen. Zusammen mit den Genossenschaftsbanken sichern die Sparkassen ein flächendeckendes und umfassendes Angebot mit Finanzdienstleistungen in städtischen wie auch in ländlichen strukturschwachen Gebieten.

Ich wundere mich immer. Wie es Ihnen gerade passt: Jetzt veröden wir den ländlichen Raum. Sonst sind es immer die Städte, die veröden.

(Beifall bei CDU und FDP - Widerspruch bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Da beides falsch ist - machen Sie ruhig so weiter! Das Gute daran ist: Die Menschen draußen merken, dass die Politik, die wir gestalten, die Zukunft Schleswig-Holsteins sichert.

(Zurufe von der LINKEN)

Die Sparkassen sind regional verwurzelt. Sie haben vor Ort Kontakt zu den Kunden,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

kennen die örtlichen Gegebenheiten, den Wirtschaftsraum sowie die Stärken und Schwächen der Akteure in ihrem jeweiligen Geschäftsgebiet. Darüber hinaus unterstützen sie ihre Trägerkommunen dabei, Aufgaben in wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Belangen zu erfüllen. Dies ist so. Dies bleibt so.

Diese Stellung der Sparkassen als bewährte Säule unseres Kreditwesens ist unverzichtbar. Sie muss erhalten und die gewachsene Bedeutung muss fortentwickelt werden.

(Minister Klaus Schlie)

Als Innenminister mit der Zuständigkeit für die Sparkassen ist es mir persönlich ein besonderes Anliegen, die Sparkassen noch zukunftssicherer zu machen. Dazu gehört als ein wesentlicher Baustein der vorliegende Gesetzentwurf. Denn die von mir beschriebene besondere Stellung der Sparkassen unterliegt natürlich keinem Automatismus.

Mit dem Gesetzentwurf wird der Grundstein für die weitere Stärkung der Sparkassen gelegt. Die Regelung der Novelle sieht die Optionen für die Träger der öffentlich-rechtlichen Sparkassen vor, in eigener Verantwortung Stammkapital bei den Sparkassen einzuführen und Dritte am Stammkapital zu beteiligen, mit allen Sicherungsmechanismen, die sich der Sparkassen- und Giroverband im Übrigen gewünscht hat, und die auch klug sind.

Nach meiner festen Überzeugung ist nur die **Stammkapitalbildung** geeignet, die Eigenkapitalverstärkung der Sparkassen europasicher in Bezug auf die Kapitalverkehrsfreiheit zu machen und tatsächlich zu sichern.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Den Trägern wird die Möglichkeit eröffnet, bei Bedarf die Eigenkapitalausstattung der Sparkassen zu stärken. Dies ist aus meiner Sicht dringend notwendig. Ich sage das Gleiche, was ich auch in der ersten Lesung gesagt habe: Sie brauchen das nicht deswegen, weil zwei Sparkassen in Schleswig-Holstein jetzt in einer besonderen **Notsituation** sind - das regelt der Sparkassen- und Giroverband, das macht der Fonds Schleswig-Holsteins und der Fonds auf Bundesebene selbst, - sondern weil sie in Zukunft wieder wirtschaftlich agieren müssen. Das heißt, es reicht nicht, dass sie erst einmal weiterleben. Sie müssen auch in Zukunft zukunftssicher aufgestellt sein, um Kredite vergeben zu können.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dazu muss man nicht Volkswirtschaft studiert haben, um zu wissen, dass dazu die Notwendigkeit der Eigenkapitalverstärkung besteht.

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Habeck?

**Klaus Schlie, Innenminister:**

Selbstverständlich.

**Dr. Robert Habeck** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, habe ich Sie richtig verstanden, dass die Argumentationen, die hier von CDU und FDP vorgetragen wurden, dass die Gesetzesänderung des Sparkassengesetzes notwendig ist, um den notleidenden Sparkassen zu helfen, nicht richtig ist?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Weitere Zurufe)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Ich weise noch einmal die Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP darauf hin, dass sich die Frage an Minister Schlie richtet.

**Klaus Schlie, Innenminister:**

Ich will sie gern beantworten. Herr Abgeordneter Habeck, da niemand das hier so gesagt hat, Sie es aber immer so interpretieren, versuche ich noch einmal es auseinanderzupflücken. Die beiden größten Sparkassen in Schleswig-Holstein sind in einer schwierigen Situation. Um aus dieser schwierigen Situation herauszukommen, bedarf es nicht der Änderung des Sparkassengesetzes. Das machen die Sicherungsfonds.

(Vereinzelter Beifall im ganzen Haus)

Haben Sie es soweit verstanden? Nun haben wir den einen Prozess noch nicht ganz abgeschlossen, aber er wird abgeschlossen. Danach geht es dann darum, dass auch diese beiden Sparkassen wieder Kredite vergeben sollen. Dies soll in einer Größenordnung und einer Intensität für den Mittelstand, wie ich es hier geschildert habe, geschehen. Dazu brauchen sie eine Eigenkapitalausstattung, die sie erst dann bekommen, wenn dieses Gesetz verabschiedet ist, und sie die Möglichkeit haben, sich entsprechend Eigenkapital durch Stammkapitalanteile zu beschaffen. Das ist der Zusammenhang. Ich hoffe, dass ich es Ihnen jetzt ausreichend erklärt habe.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP - Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich danke für die sehr befriedigende Antwort. Das ist super!)

Ich bin der festen Überzeugung, dass die **Kommunen** diese neue **Gestaltungsmöglichkeit** verantwortlich und mit Weitsicht ausüben werden. Wir werden sehen, wie schnell manche Dinge in Zukunft gehen.

(Minister Klaus Schlie)

Der Landesregierung ist natürlich die Kritik nicht entgangen. Das ist völlig klar. Ich habe mich ja selbst auch Diskussionen und dieser Kritik gestellt. Allerdings ist völlig klar, dass die vorgetragenen Szenarien nicht der Realität nach Inkrafttreten dieses Gesetzes entsprechen - auch die hier vorgetragenen nicht. Im Anhörungsverfahren sind Pro und Kontra des seinerzeitigen Gesetzentwurf zusammengetragen und diskutiert worden. Ich stelle fest, dass die regierungstragenden Fraktionen die vorgebrachten Argumente gewürdigt und mittels des eingebrachten Änderungsantrages den Kritikern weit entgegengekommen sind. Die Landesregierung begrüßt dies ausdrücklich.

(Zuruf der LINKEN: Das ist doch nicht wahr!)

Selbstverständlich ist es doch überhaupt kein Problem - im Gegenteil, ich habe es ausdrücklich begrüßt -, dass es jetzt im Gesetzentwurf eine Formulierung gibt, dass der Innenminister als Kommunalaufsicht nicht eine Kommune als Träger, wenn sie in schwieriger Situation ist, anweisen sollte, darf und kann, entsprechende **Stammkapitalanteile zu veräußern**, um damit Löcher im Haushalt zu stopfen. Das ist das Problem, das Sie herbeireden. Die regierungstragenden Fraktionen haben das in ihrem Gesetzentwurf ausgeschlossen. Das ist eine gute Sache.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich bin sicher, die Änderung des Sparkassengesetzes wird unsere öffentlich-rechtlichen Sparkassen weiter stärken und zukunftssicherer machen. Dieses ist ein wichtiger Baustein, um Schleswig-Holstein insgesamt voranzubringen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich lasse über den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/250, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung namentlich abstimmen.

(Namentliche Abstimmung)<sup>1</sup>

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich gebe nun das Abstimmungsergebnis bekannt. Es sind 48

Jastimmen und 47 Neinstimmen abgegeben worden. Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW in der Fassung der Drucksache 17/585 angenommen worden.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP  
**Drucksache 17/610**

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses  
**Drucksache 17/642**

Hierzu wurde heute der Umdruck 17/970 vorgelegt.

Ich erteile der Berichterstatterin des Bildungsausschusses, Frau Abgeordneter Susanne Herold, das Wort.

**Susanne Herold [CDU]:**

Der Landtag hat den Gesetzentwurf Drucksache 17/610 am 16. Juni 2010 federführend an den Bildungsausschuss sowie mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss, den Finanzausschuss und den Sozialausschuss überwiesen. Die Ausschüsse haben sich am 17. Juni 2010 in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Gesetzentwurf befasst, der Innen- und Rechtsausschuss darüber hinaus in einer weiteren Sitzung am 18. Juni 2010. Im Einvernehmen mit den an der Beratung beteiligten Ausschüssen empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Gesetzentwurf Drucksache 17/610 unverändert anzunehmen.

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Herdan.

**Marion Herdan [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit

<sup>1</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 1 bei

(Marion Herdan)

dem hier vorliegenden Gesetzentwurf wird die Beitragsfreiheit des dritten Kindergartenjahres aufgehoben. Weiterhin werden entsprechende Anpassungen beim Finanzausgleichsgesetz vorgenommen, welches die Zuweisungen an die Kreise und kreisfreien Städte regelt. Der Gesetzentwurf wird heute in zweiter Lesung beraten, damit die Änderungen zum 1. Januar beziehungsweise zum 1. August 2010 in Kraft treten können.

Der zugegebenermaßen **verkürzte**, aber **legitime parlamentarische Weg** ist in diesem Fall nötig, um den Trägern von Kindertagesstätten die Möglichkeit einzuräumen, in ihren Gremien zeitnah, das heißt bis zum Beginn des Kindergartenjahres am 1. August 2010, die erforderlichen Beschlüsse fassen zu können.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Meine Damen und Herren von der Opposition, Ihre Argumentation in der Sache ist bereits aus der Debatte der Aktuellen Stunde vom 19. Mai 2010 hinreichend bekannt: Die Abschaffung des beitragsfreien dritten Kindergartenjahres sei unsozial, ungerecht und rückwärtsgerichtet.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW sowie des Abgeordneten Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Baasch [SPD]: Ganz genau!)

Ich muss diese Vorwürfe heute ein weiteres Mal entschieden zurückweisen. Ich werde Ihnen auch sagen, warum Sie heute wieder falsch liegen.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Das **beitragsfreie Kindergartenjahr** hat seit seiner Einführung unter dem Primat eines **ausgeglichenen Haushalts** gestanden.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Was? - Antje Jansen [DIE LINKE]: Was?)

Davon - das wissen wir alle - ist Schleswig-Holstein weit entfernt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Habersaat [SPD] - Weitere Zurufe)

Die CDU hält es schlicht für verantwortungslos, wenn die Kinder, die heute in den Genuss eines kostenlosen Kindergartenjahres kommen, dann in späteren Jahren hierfür die Zeche zahlen sollen. Mit Generationengerechtigkeit oder gar Nachhaltigkeit hätte eine solche Politik nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Allein schon aus diesem Grund ist das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr nicht mehr zu halten.

Weiterhin haben wir aus dem Kosten-Monitoring des Ministeriums wie auch zuletzt in der gestrigen Sitzung des Bildungsausschusses erfahren, dass das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr zu wesentlich **niedrigeren Anmeldezahlen** als vorher angenommen geführt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD])

- Hören Sie doch erst einmal zu, Herr Höppner!

Ein weiterer entscheidender Punkt: Mit diesem Angebot wurden nachweislich auch nicht die gewünschten **Zielgruppen** erreicht, nämlich Familien aus sozial schwachem Milieu oder mit Migrationshintergrund.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Baasch [SPD]: Das wissen Sie doch gar nicht! - Dr. Henning Höppner [SPD]: Woher wissen Sie das? - Zuruf der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir alle wissen, dass gute erzieherische Arbeit in einer Kita nicht an die Beitragsfreiheit eines Kindergartenjahres gekoppelt ist. Vielmehr kommt es auf Ausbildung und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Auf die Umsetzung dieser Gesetzesinitiative folgt daher zum nächsten Haushaltsjahr eine **Anhebung der Landesförderung** von 60 auf 70 Millionen € für **Betriebskosten** an die Träger von Kindertagesstätten. Insoweit setzt die CDU hier bewusst auf Qualitätsverbesserungen in den Einrichtungen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Das machen wir zum Wohl der betreuten Kinder und letzten Endes auch zur Stärkung der Familien.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Wir werden damit erreichen, dass zum einen die seit 2004 von Ihnen eingeführte bestehende **Deckelung** der unzureichenden **Landesförderung** aufgehoben wird.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD])

Zum anderen werden den Trägern von Einrichtungen zukünftig mehr Mittel zur Verfügung gestellt, um entsprechend mehr oder auch besser qualifiziertes Personal für die Betreuung von Kindern vorzuhalten.

(Marion Herdan)

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Henning Höpner [SPD])

Für Investitionen und Betriebskosten in Krippen fließen bis 2013 rund 220 Millionen € von Bund und Land. Dies bedeutet Planungssicherheit für die Kreise und kreisfreien Städte als Träger der Jugendhilfe.

(Beifall bei CDU und FDP)

In der nächsten Zeit werden wir uns auch für eine **bedarfsgerechte Personalplanung** mit Blick auf die Betreuung der unter Dreijährigen einsetzen. Wir alle wissen, dass bis zum Jahr 2013 insgesamt rund 17.000 Plätze in Krippen und in der Tagespflege entstehen müssen. Insoweit muss dringend Vorsorge getroffen werden, damit für die Kleinsten auch genügend Fachpersonal zu der Zeit zur Verfügung steht.

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Aber hauptsächlich vom Bund bezahlt!)

Auch die Weiterführung der **Sprachförderung** in Kitas mit 6 Millionen € jährlich ist ein Muss. Der Übergang von der Kita zur Grundschule soll noch mehr Kindern ermöglicht und die Zahl der Rückstellungen soll reduziert werden.

Weiterhin brauchen wir dringend eine **Neustrukturierung der Kita-Finanzierung**. Ein einheitliches Abrechnungssystem schafft Transparenz und liefert Vergleichszahlen, damit das System endlich effizienter gestaltet werden kann.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, wichtig ist aus Sicht der CDU-Fraktion auch eine **einheitliche Sozialstaffelregelung**, welche nicht dort haltmacht, wo die Regelsätze des Arbeitslosengeldes II enden.

(Beifall der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn uns dieses gelingt, werden auch bedürftige Familien dauerhaft entlastet. Dann haben wir für alle, die es wirklich brauchen, drei beitragsfreie Kita-Jahre und nicht nur eines. Das muss das Ziel sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist daher falsch, wenn der CDU vorgeworfen wird, sie sei unsozial. Das Gegenteil ist der Fall. Nach den bereits in der letzten Wahlperiode getroffenen Beschlüssen zur Sozialstaffel erwartet die CDU hierzu die Handlungsvorschläge aus dem Ministerium. Und - last, but not least - wird die CDU

die Beibehaltung der **Qualitätsstandards** in den Einrichtungen gewährleisten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend eine persönliche Anmerkung machen. Einige Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion, die sich noch vor einigen Jahren sehr für die Einführung eines beitragsfreien Kindergartenjahres eingesetzt haben, müssen sich jetzt vor dem akuten Handlungsbedarf, der sich aus der Haushaltssituation ergibt, neu orientieren. Aber auch diese Kolleginnen und Kollegen können den Beschluss mittragen, weil sie wissen, dass hier nicht Gelder sinnlos gekürzt werden, sondern eine der Situation angemessene neue Schwerpunktsetzung erfolgt.

(Beifall bei der CDU)

Mit all den vorgenannten Bausteinen wird die CDU für eine spürbare Verbesserung in den Einrichtungen sorgen und diese fit für die Zukunft machen. Wir stehen in der Verantwortung, den Kleinsten und Schwächsten in unserer Gesellschaft zu einem guten Start ins Leben zu verhelfen. Dieser Verantwortung sollten auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sich endlich stellen.

(Zuruf der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD])

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem vorgelegten Gesetzesentwurf.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Wir begrüßen auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Herderschule in Rendsburg. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat nun der Vorsitzende Dr. Ralf Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute genau vor einer Woche hat mein ältester Sohn sein Abitur gemacht.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] und Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Meine Frau und ich sind auch sehr stolz. Ich weiß, Frau Kollegin Herdan, das ist bei Ihnen genauso, denn Ihr Sohn war ja in der Klasse von meinem



(Dr. Ralf Stegner)

Sohn. Das ist bei mir anders als bei meinen Eltern. Bei meinen Eltern war es so: Die hatten fünf Kinder, da ging es nicht, die Kinder in den Kindergarten zu schicken. Ich war in keinem Kindergarten. Die Gebühren hätte man damals gar nicht bezahlen können. Wir hatten nicht einmal Lernmittelfreiheit. Ich weiß, was ich dem zu verdanken habe, dass sich das geändert hat.

Ich muss Ihnen sagen, Sie haben vieles gelernt, übrigens haben wir gemeinsam gelernt in den letzten Jahren. Aus 700.000 DM, die wir 1988 für die **Kita-Förderung** hatten, haben wir 60 Millionen DM gemacht. Meine Kinder sind in den neu gebauten Kindergarten in Bordsesdorf gegangen, den ich als Sozialstaatssekretär eröffnen durfte. Wir haben eine Menge Geld dort hineingesteckt.

Trotzdem haben wir einen Fehler gemacht, als wir - aus Finanznot, ich bekenne mich dazu - das damals bei **60 Millionen DM gedeckelt** haben. Es hat nicht gereicht. Ich habe manchen Strauß mit der Kollegin Heinold ausgefochten. Ich begrüße, dass Sie den Deckel aufheben. Ich glaube, dass das richtig ist. Wir brauchen nämlich Verbesserungen in den Kindertagesstätten. Ich bin auch froh, dass Sie auch etwas gelernt haben. Wir haben nämlich ganz oft im Koalitionsausschuss darüber verhandelt, dass Sie gesagt haben: Entbürokratisiert doch, entlastet die Gemeinden, lasst uns die Standards senken. Heute wollen Sie die Standards nicht mehr senken. Das begrüße ich sehr. Insofern haben Sie auch etwas gelernt.

Ich sage Ihnen aber auch, jetzt hinzugehen und zu sagen, wir heben den Deckel auf, die Eltern sollen das selbst bezahlen und der Rest geht in die Kasse des Finanzministers, das ist eine Schwerpunktsetzung, Frau Herdan, aber es ist eine Schwerpunktsetzung gegen Kinder und Familie. Das ist falsch,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

zumal Sie ja auch noch die Schülerbeförderungskosten den Eltern zuschieben wollen.

**Bildung** entscheidet heute über Lebenschancen. Wir wissen ganz genau, dass wir mehr für die frühkindliche Bildung tun müssen, dass wir mehr für Kinder mit Migrationshintergrund tun müssen, für Kinder von Alleinerziehenden, dass wir mehr für die Ausbildung von Erzieherinnen tun müssen. Die müssen übrigens auch besser bezahlt werden. Wir haben unglaublich viel zu tun. Das heißt, wir brauchen in diesem Bereich nicht weniger Geld, meine sehr verehrten Damen und Herren, sondern wir brauchen mehr Geld, und zwar erheblich mehr

Geld. Das werden wir als Schwerpunktsetzung, als Priorität wirklich so machen müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist für uns auch die erste Priorität. Es stimmt auch nicht das Argument, wenn Sie sagen: Das kommt doch anderen zugute. Habe ich nicht von Ihnen gehört, die letzte Erhöhung des Kindergeldes sei gut gewesen? Da ist der Effekt viel breiter und trifft andere. Hier ist das deutlich zielorientierter. Wir wissen ganz genau, dass, wenn wir das mit der Beitragsfreiheit von der Kita bis zum Studium schaffen, das die Chancen für Menschen erhöht, **Aufstieg durch Bildung** zu schaffen in einer Welt, wo Deutschland als führendes Industrieland buchstäblich Schlusslicht ist, was den Aufstieg angeht. Das müssen wir doch alle miteinander ändern wollen.

Da geht man doch nicht hin und sagt: Dann schaffe ich das mit der Beitragsfreiheit ab, was wir hier gemeinsam mit Stolz beschlossen haben. Ich war stolz darauf, dass wir dieses Gesetz hier gemacht haben. Dass wir dieses Gesetz nun abschaffen sollen, das finde ich ein falsches Signal. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, das wird auch niemand verstehen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Natürlich kostet das Geld. Das weiß ich auch. Ich will Sie auch nicht damit behelligen zu sagen, dass Sie ja selbst im Dezember dazu beigetragen haben, indem Sie einfach die Stimme gehoben haben, um Leuten zu helfen, die die Hilfe gar nicht brauchen. Das hätte für zwei kostenfreie Kita-Jahre gereicht. Warum tut man so etwas? Das ist kein wirkliches Argument.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Aber selbst wenn man mit dem Geld argumentiert, kann man es anders machen. Sie wissen doch ganz genau, wenn man heute Kinder fördert, wenn man ihnen Chancen gibt, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie im Leben zurechtkommen, dass nicht die Jugendhilfekosten steigen, wie wir es in den Gemeinden haben, groß ist. Wir wissen, was aus ihnen wird, wenn man ihnen nicht hilft. Sie bekommen keinen Ausbildungsplatz, ihnen wird nicht geholfen bei der Sprachförderung, sie landen am Ende im **Sozialtransferbezug**. Das wollen wir doch alle vermeiden.

Es ist also nicht nur gerecht, es zu fördern, sondern es ist auch fiskalisch vernünftiger. Das Argument

(Dr. Ralf Stegner)

mit dem Geld ist ein Falsches. Deswegen sollten wir das auch nicht tun.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich weiß, Sie bekommen zurzeit sehr viel Lob in den Zeitungen, das sei sehr mutig. Meine Damen und Herren, was ist daran eigentlich mutig, wenn man den Schwächsten, den Kindern und den Familien, etwas wegnimmt? Das ist nicht mutig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich! Ich fange gleich zu weinen an!)

Im Gegenteil. Ich muss Ihnen sagen, das ist wirklich falsch. Mich zumindest berührt auch die Frage, dass wir bei diesem Thema auch über unsere Glaubwürdigkeit reden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Wir haben das vor wenigen Monaten beschlossen. Wir sind im Wahlkampf, übrigens beide Parteien. Ich bedaure sehr, dass der Herr Ministerpräsident bei diesem Thema nicht hier im Raum ist und zuhört. Wir haben bei diesem Thema landauf und landab dafür geworben, dass wir den Eltern diese Beitragsfreiheit geben. Die Union hat sogar gesagt, sie seien die Ersten gewesen, die das Gesetz eingebracht haben.

Wenn Sie dann ein halbes bis dreiviertel Jahr später nach dieser Wahl, nachdem sie sie knapp gewonnen haben, sagen, jetzt seien die Verhältnisse völlig anders, dann ist das ein dermaßen Torte gegenüber dem Thema Glaubwürdigkeit, dass es nicht nur Ihnen schadet, sondern uns allen hier.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Deswegen will ich Ihnen auch gar keine Zitate vorhalten - was ich tun könnte. Ich möchte Sie nicht quälen, sondern an Sie appellieren.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- An Sie appelliere ich nicht, Herr Kubicki. - Ich appelliere an die Kollegen Abgeordneten insbesondere in der Unionsfraktion, sich gut zu überlegen, ob Schleswig-Holstein heute das Signal geben sollte, dass wir das Versprechen, das wir Kindern und ihren Eltern gemacht haben, übrigens auch den Kommunen - in Schleswig-Holstein gibt es bundesweit die höchsten Beiträge, weil wir so haben nachholen müssen - zurücknehmen. In **Rheinland-Pfalz**

haben die auch mit dem ersten Kita-Jahr angefangen. Die haben jetzt mit einer SPD-geführten Regierung, aber mit Zustimmung der Oppositionsfraktionen beschlossen, dass jetzt alle Jahre beitragsfrei sind und es nach vorne geht. Das haben die in Rheinland-Pfalz beschlossen.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Das kann man doch auch tun. Natürlich wissen wir, dass die Gelder knapp sind. Und Sie werden, wenn wir unsere **Haushaltskonsolidierungsvorschläge** vorlegen, feststellen, dass auch wir werden sagen müssen, dass der bisherige Zeitplan in der Ehrgeizigkeit nicht zu halten sein wird. Aber am Ziel wird festgehalten. Und man geht doch nicht rückwärts. Deswegen appelliere ich an Sie, das heute ernst zu nehmen und es sich zu überlegen, ob Sie wirklich einen so traurigen Tag für Schleswig-Holstein in dem Sinne beschließen wollen, dass Sie das zurücknehmen, was Sie den Eltern versprochen haben, was uns einen kleinen Schritt in die richtige Richtung gebracht hat.

Meine Fraktion hat auch deswegen **namentliche Abstimmung** beantragt, weil ich wirklich glaube, dass man, wenn man mit einem solchen Thema in den Wahlkampf hineingeht und man die Beitragsfreiheit verspricht, nicht ein Dreivierteljahr später sagen darf, dass das nicht mehr gilt. Das schürt Politikverdrossenheit. Tun Sie das bitte nicht. Überlegen Sie es sich. Stimmen Sie bei der Abstimmung mit Nein. Ich appelliere an jeden Einzelnen von Ihnen und sage Ihnen: Der Dank aller - nicht der Oppositionsfraktionen, darauf legen Sie keinen Wert - Menschen in Schleswig-Holstein ist Ihnen gewiss, wenn Sie dieses tun. Mich haben viele angesprochen und gefragt, ob wir das wirklich machen und ob wir dabei bleiben. Natürlich habe ich im Wahlkampf für die SPD geworben. Aber ich habe auch gesagt, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass die Union, die das mitbeschlossen hat, das zurücknimmt. Ich appelliere an jeden Einzelnen von Ihnen, in dieser namentlichen Abstimmung noch einmal zu überdenken, ob es wirklich richtig ist, die Beitragsfreiheit abzuschaffen. Die SPD findet dieses falsch. Meine Fraktion wird in namentlicher Abstimmung geschlossen gegen dieses schlechte Gesetz stimmen. Wenn Sie es anders machen, dann wird Ihnen das noch leidtun.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin wirklich beeindruckt von dem neuen Ralf Stegner.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich wünschte mir, er würde dabei bleiben, künftig in dieser Form von Theatralik seine Reden zu halten. Das wäre angenehmer als das, was wir sonst erleben.

(Serpil Midyatli [SPD]: Kommen Sie zum Thema! - Heiterkeit)

- Das ist Teil des Themas, gnädige Frau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben über die Frage des kostenfreien Kita-Jahres in den vergangenen Wochen schon oft gestritten, zumeist hart, aber zugleich nicht immer fair. Hier haben wir es auch oft mit gewagten argumentativen Seitentänzen zu tun gehabt, mit moralischen Vorwürfen, mit hanebüchenen Forderungen, aber auch - das gilt es herauszustellen - mit einigen wenigen klugen und ehrlichen Stimmen.

Emotionalität ist natürlich in dieser Auseinandersetzung nie ganz auszuschalten, eben weil es um die Zukunft unserer Kinder geht. Zunächst möchte ich zitieren, was die SPD-Abgeordnete Astrid Höfs am 23. April 2008, also vor der Einführung des kostenfreien Kita-Jahres, in diesem Hause erklärte:

„Von den fünfjährigen Kindern besuchen zurzeit etwa 95 % eine Kita. ... Ich denke, jene 5 % der fünfjährigen Kinder, die zurzeit eine Kita nicht besuchen, werden wahrscheinlich auch nicht erscheinen, wenn die Kita beitragsfrei ist.“

Nun haben wir also das **kostenfreie Kita-Jahr für Fünfjährige** bekommen, für diejenigen Fünfjährigen nämlich, die ohnehin schon in die Kitas gegangen wären. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns jetzt natürlich ehrlich fragen, ob diese 35 Millionen € sinnvoll für die frühkindliche Bildung investiert wurden, oder ob dadurch nicht an anderer, möglicherweise sinnvollerer Stelle finanzielle Mittel fehlen.

Dieser Frage haben sich die regierungstragenden Fraktionen gestellt. CDU und FDP sind übereingekommen, dass diese Subventionierung sowohl bil-

dungspolitisch als auch haushalterisch nicht sinnvoll ist. Für die heutigen Kinder, für die man ja eigentlich etwas verbessern wollte, bedeutet das, dass die Beitragsbefreiung ihnen nicht nur nicht nützt, sondern in letzter Konsequenz sogar schadet. Die heutigen Kinder nämlich gehören auch zu den viel zitierten künftigen Generationen, die nicht mehr unter den Schulden leiden sollen, die in der Vergangenheit gemacht wurden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Da ich weiß und die Appelle des Kollegen Stegner und anderer zur Kenntnis nehme, dass man Argumenten zugänglich sein soll, bitte ich alle Beteiligten, nachzulesen, was in der „Zeit“ der letzten Woche gestanden hat, übrigens keine Zeitschrift, die den Geruch hat, sie würde den Neoliberalismus vor sich hertragen. In der „Zeit“ der letzten Woche - Lesen soll ja bilden, habe ich gehört - stand unter der Überschrift

„Prüfen statt basteln - An Bildung soll nicht gespart werden? Falsch! Man muss nur wissen, wo. Ein Standpunkt zum Bildungsgipfel.“

Folgendes - ich zitiere aus der „Zeit“ der letzten Woche -:

„Fehlinvestition Nummer zwei: Die kostenlose Kita-Betreuung, wie sie immer mehr Bundesländer in Aussicht stellen. Die Gebührenfreiheit ist extrem teuer, erhöht weder die Chancengerechtigkeit, noch hebt sie das Bildungsniveau. Sie ist vielmehr vor allem eines: ein Geschenk an den Mittelstand. Mehrere Tausend Euro pro Jahr sparen Professoren, Ärzte und Journalisten, wenn sie für ihr Kind in der Kita nicht mehr bezahlen müssen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insofern sind die **Rücknahme des kostenfreien Kita-Jahres** und die geplante **Hebung des Landesdeckels** von 60 auf 70 Millionen € zwei Seiten derselben Medaille: Mit der Erhöhung der Kita-Grundfinanzierung fördern wir die heutigen Kinder in der Gegenwart. Mit der Schuldenrückführung, bei der eben auch die Rücknahme der einkommensunabhängigen Förderung von Elternbeiträgen zu den notwendigen Maßnahmen gehört, erleichtern wir gleichzeitig die Zukunft der heutigen Kinder.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass es eine Regelung der rot-grünen Regierung war, die zu ei-

(Wolfgang Kubicki)

ner immer schlechteren finanziellen Grundausstattung der Kindertagesstätten führte.

**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Selbstverständlich, immer gern.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kollege Kubicki, vorgestern ist eine **Studie des DEW** veröffentlicht worden, nach der die Mittelschicht immer brüchiger wird, es ein Problem ist, wenn das beitragsfreie Kindergartenjahr wegfällt, weil es gerade diese Mittelschicht trifft, die Sie erwähnen. Die von Ihnen genannten Ärzte und Staatsanwälte sind ja wahrscheinlich in der Oberschicht, jedenfalls nicht in den Einkommensgruppen, die in der Studie genannt werden. Es trifft also Menschen, die tatsächlich Angst haben, weiter abzusteuern, die diese Mittel dringend brauchen.

- Herr Dr. Tietze, beim Lesen von Studien sollte man sich ein bisschen mehr Zeit nehmen, um zu verstehen, was damit gemeint ist. Die Mittelschicht wird kleiner, weil immer mehr Personen aus der Mittelschicht in die Unterschicht abgerutscht sind. Das ändert nichts daran, dass die Mittelschicht nach wie vor Teil der Mittelschicht ist. Wir lösen das Problem der Angst, aus der Mittelschicht in die Unterschicht abzurutschen, nicht dadurch, dass wir die Kindergartenjahre beitragsfrei stellen. Das Problem der Angst lösen wir damit nicht. Die **Belastung der Mittelschicht** ist nicht das Problem momentan, sondern entscheidend ist die Angst der Mittelschicht, in die Unterschicht abzurutschen, weil sie aus dem Job herausfallen und weil sonstige Bedingungen des Gemeinwesens, zum Beispiel ihre Steuerbelastung und die Tatsache, dass sie nicht an Sozialtransfers teilnehmen können, nicht gegeben sind. Die Frage der Beitragsfreistellung der Kindergartenjahre hat also mit der Frage, wie sich das in der Gesellschaft verteilt, überhaupt nichts zu tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der **60-Millionen-€-Deckel** hat faktisch zu einer Absenkung des Landesanteils der Kita-Grundfinanzierung geführt. Ich hätte mir gewünscht, Frau Kollegin Heinold, Sie hätten darauf in der Vergangenheit einmal hingewiesen, dass die **Grundfinanzierung** der Kindertagesstätten hätte angehoben werden müssen. Das haben Sie leider nicht getan.

Minister Dr. Klug hat die Zahlen ja bereits in der Mai-Tagung erwähnt: 2004 betrug der Landesanteil noch 21 %, im Jahr 2008 war er auf 18,3 % gesunken. Insofern sind die moralischen Anwürfe vonseiten der Oppositionsfraktionen hier schlicht unangebracht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Und diese Vorwürfe werden nicht besser, wenn ich aus dem Plenarprotokoll vom 29. Juni 2006 zitiere. Hier sagte die damalige sozialdemokratische Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave wörtlich:

„Es ist noch einmal kritisiert worden, wir deckelten angeblich die 60 Millionen €. Ich will den Spieß einmal umdrehen und darauf hinweisen, dass wir an diese Position in keiner Weise gedacht haben, als es daran ging, den Haushalt zu durchforsten und überall Kürzungen vorzunehmen. Ich finde, das ist schon eine gute gemeinsame Leistung.“

Das Protokoll vermerkt anschließend: „Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.“

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da muss ich draußen gewesen sein! - Heiterkeit)

- Das mag ja sein, aber der Rest Ihrer Fraktion hat Beifall gezollt. Sie können das nachlesen, Frau Kollegin Heinold.

Die SPD, vertreten durch Ministerin Erdsiek-Rave, forderte von der Öffentlichkeit damals also ernsthaft Lob dafür, dass ein faktisch ohnehin schon sinkender Landesanteil an der Kita-Grundfinanzierung nicht noch weiter zurückgefahren werde. Und die Grünen spendeten hier willfährig Applaus. Der moralische Anstrich, mit dem Sie Ihre Forderungen stets versehen, passt hier ganz offensichtlich nicht ganz zu dem, was Sie in der Vergangenheit getan haben, Herr Kollege Dr. Stegner.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will nicht unberücksichtigt lassen, dass die schleswig-holsteinische SPD in der Vergangenheit forderte und heute zumindest durch Dr. Ralf Stegner noch immer fordert, alle drei Kita-Jahre beitragsfrei zu stellen.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Ich hatte eingangs erwähnt, dass es einige wenige kluge und ehrliche Stimmen in dieser Auseinandersetzung gibt. Eine davon ist Lothar Hay. Im Zusammenhang mit der Rücknahme der Beitragsfreiheit des dritten Kita-Jahres wurde Lothar Hay nämlich

(Wolfgang Kubicki)

am 27. Mai 2010 im „Flensburger Tageblatt“ zitiert, dass es diese Sparbeschlüsse in einer Großen Koalition auch gegeben hätte.

Ich glaube, dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der moralische Druck, der in den letzten Wochen und Monaten auf den Ministerpräsidenten und den Bildungsminister aufgebaut wurde, war unglaublich groß. Hier taten sich auch kirchliche Institutionen hervor. Man muss das immer wieder erwähnen, denn wir haben es auch bei den Kirchen mit Vereinigungen zu tun, die sich angeblich gemeinwohlorientiert organisiert haben.

Im Dezember 2009 hatte der Verband Evangelischer Kindertagesstätten - VEK - noch in aller Deutlichkeit gefordert, das kostenfreie Kita-Jahr zugunsten einer besseren Ausstattung der Kindertageseinrichtungen zurückzunehmen - Dezember 2009.

Wenige Monate später ist derselbe Verband Teil des Aktionsbündnisses „Kürzt den Kinder nicht die Zukunft! Uns reicht's“. Und hier fordert eben auch der VEK, der gleiche Verband, der im Dezember 2009 noch das Gegenteil gesagt hat, Folgendes: „Keine Streichung des beitragsfreien Kita-Jahres, sondern Familien entlasten!“ Das ist ein namhafter Beitrag in der Debatte, was Glaubwürdigkeit und Argumentation angeht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die **Beliebigkeit** der **Forderungen** ist offensichtlich. Der Eindruck drängt sich auf, dass die Politik der Landesregierung nicht angegangen wurde, um der eigenen Position Ausdruck zu verleihen, sondern um billigen Applaus einzustreichen.

Dass zudem für die politische Durchsetzung von bestimmten - oder in diesem Falle unbestimmten - Forderungen Kinder vorgeschickt werden, um politisch-moralischen Druck auszuüben, greife ich hier auch noch einmal auf. Wir alle haben die Demonstration im Mai vor dem Landeshaus miterlebt, und wir alle haben miterlebt, wie Kinder animiert wurden, gegen die Landespolitik zu demonstrieren.

Wenn **Kinder**, die nicht wählen dürfen und altersbedingt noch nicht imstande sind, eine politische Meinung zu vertreten, als **Durchsetzungsinstrument** für politische Zwecke herhalten müssen, sollten sich die Verantwortlichen über ihre Verantwortung Gedanken machen. Ich halte eine solche Instrumentalisierung von Kindern für verantwortungslos.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

- Ja, man soll sich darüber Gedanken, was es eigentlich bedeutet, dass man Verantwortung für Kinder hat.

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Sie haben einmal für Bildungsleitlinien gestimmt! Das ist politische Bildung!)

- Nein, das ist Missbrauch von Kindern. Darüber sollten Sie wirklich einmal nachdenken.

(Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **Rücknahme** der einkommensunabhängigen **Gebührenbefreiung** ist der Preis, der für die Verbesserung der finanziellen Grundausstattung der Kindertagesstätten in Schleswig-Holstein zu zahlen ist. Ich wiederhole noch einmal - wir haben es an anderer Stelle auch schon klargestellt -: Es wird keine Absenkung der **Standards** geben.

(Beifall bei FDP und CDU)

CDU und FDP zeigen hiermit Verantwortung für die Kinder von heute. Wir zeigen außerdem, dass frühkindliche Bildung für uns kein Luxus ist.

Schleswig-Holstein wird mit diesen Maßnahmen zweifach zukunftsfähig: zum einen, weil wir den Kindern von heute eine bessere Grundlage für ihren weiteren Lebensweg bieten; zum anderen, weil wir den Kindern von heute die Angst von einer schuldenbelasteten Zukunft nehmen werden.

Die Forderungen der SPD, also Erhöhung der Grundfinanzierung plus vollständige Beitragsbefreiung, entsprechen den vielen, wenig durchdachten politischen Maßnahmen, die dieses Land an den Rand des Ruins getrieben haben.

(Beifall bei der FDP)

CDU und FDP haben hier die Bremse gezogen. An diese verfassungsrechtliche Vorgabe müssen sich die Sozialdemokraten ganz offensichtlich auch noch gewöhnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden selbstverständlich, Herr Kollege Dr. Stegner, die namentliche Abstimmung, die Sie beantragen, über uns nicht nur ergehen lassen, sondern auch durchsetzen, und Sie werden sehen, dass auch in dieser Frage die Koalition steht.

Wir sind auch bereit, Ihnen bei jeder Veranstaltung die Politik der Vergangenheit der Sozialdemokraten und unsere Politik darzulegen. Wir werden sicher

(Wolfgang Kubicki)

erleben - glauben Sie nicht, dass Ihnen der kurzfristige Applaus hilft -, dass uns die Menschen bei der nächsten Wahl dafür danken werden und Sie dafür abstrafen werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Torsten Geerds:**

Meine Damen und Herren! Ich begrüße weitere Gäste auf der Zuschauertribüne, und zwar ein Mitglied der deutschen Nationalmannschaft in Synchronschwimmen. - Herzlich willkommen, Edith Zeppenfeld, im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich begrüße ebenso herzlich Unternehmerinnen und Unternehmer aus Russland. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort erteile ich jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Frau Abgeordneten Anke Erdmann.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, dass wir uns ausgerechnet von Ihnen Zitate zur Beliebigkeit anhören müssen, das ist ein starkes Stück. Darauf komme ich gleich noch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute kassieren FDP und Union das beitragsfreie Kita-Jahr im Hauruckverfahren, obwohl Sie, Herr von Boetticher, das schon im Januar ganz fest auf der Agenda hatten. Man hätte es auch in einem geordneten Verfahren durchbringen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich weiß, dass viele aus der Unionsfraktion es sich heute nicht leicht machen. Frau Herdan, das ist mir klar. Aber ich kann in dieses Lied der Alternativlosigkeit, das auch Finanzminister Wiegard wieder angestimmt hat, nicht mit einstimmen. Wir haben gestern eine **Alternative** angeboten, und Sie haben sie ausgeschlagen. Ich sage das gern noch einmal: Wir haben vorgeschlagen, die **Grunderwerbsteuer** - Sie haben gesagt: „Wiederholungen macht das nicht besser“, aber Einsicht kommt ja möglicherweise -

(Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

um einen Prozentpunkt heraufzusetzen. Ich sage noch einmal, was das finanziell bedeutet. Das bedeutet, wenn wir dem Landesrechnungshof Glauben schenken, 54 Millionen € Mehreinnahmen pro Jahr. Jetzt rechnen wir einmal. Ich gehe jetzt auf den Landesrechnungshof ein.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

- Dazu komme ich auch gleich. Es gibt erst einmal Mehreinnahmen, Herr von Boetticher. Jetzt gucken wir uns das einmal an. Herr Wiegard, Sie haben gesagt, wir wollen uns auf die Grundrechenarten beziehen: 26 Millionen € zahlen wir für das beitragsfreie Kita-Jahr - 26 Millionen, wie wir jetzt nach den neuen Schätzungen des Bildungsministers wissen. Dann nehmen wir noch einmal die 10 Millionen € Anhebung des Deckels für die Kommunen dazu. Dann bleiben für Herrn Wiegard noch 18 Millionen €. Das ist komplett ein Konsolidierungsbeitrag, wenn man das mit dem vergleicht, wie es jetzt ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Märchen von der Alternativlosigkeit geht nicht auf.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben auch schon damals, als das Gesetz eingeführt worden ist, darauf hingewiesen, dass wir eine **Gegenfinanzierung** brauchen, weil es die Befürchtung gab, dass es sich sonst um eine Eintagsfliege handelt. Sie stellen sich hier hin als Obersparkkommissar, Herr Minister Wiegard. Das ist gut, das ist Ihre Rolle. Sie dürfen sich aber nicht hier hinstellen und so zu tun, als ob jetzt auf einmal das strukturelle Defizit über Sie hineinbricht. Sie sind fünf Jahre lang an der Regierung, Sie haben mitgestimmt, ohne eine Gegenfinanzierung zu haben.

Sie haben gesagt: Wir finanzieren das ganz auf Pump. Jetzt stellen Sie sich hierhin und lassen den moralischen „Willi“ raushängen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW und vereinzelt bei der SPD)

Frau Herdan hat vorhin gesagt, das Ganze steht unter dem **Primat des ausgeglichenen Haushaltes**. Ich kann das verstehen. Aber dieser ausgeglichene Haushalt hat bei Einführung des beitragsfreien Kita-Jahres überhaupt nicht bestanden. Er war auch noch in weiter Ferne.

**Präsident Torsten Geerds:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rainer Wiegard?

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Selbstverständlich.

**Rainer Wiegard [CDU]:** Frau Abgeordnete, ohne die Situation beschönigen zu wollen: Ist Ihnen bekannt, dass die Kreditfinanzierungsquote des Landeshaushalts im Jahr 2005 nach neun Jahren rot-grüner Regierung über 20 % betrug und im schwersten Rezessionsjahr in der Bundesrepublik Deutschland 2009 nur 11, %, was immer noch schlimm genug ist?

- Herr Wiegard, das ist mir durchaus bekannt. Das ist auch ganz klar. Ich sage nur, Herr Wiegard - jetzt bin ich mit der Antwort dran -: Sie haben diesem auf Pump finanzierten kostenfreien Beitragsjahr zu einem Zeitpunkt zugestimmt, als Sie um die Haushaltslage sehr wohl wussten. Da können Sie sich meiner Meinung nach jetzt nicht hinstellen und den „dicken Max“ machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich komme zu einem anderen Punkt: Sie versprechen 10 Millionen €.

(Zurufe)

- Wenn das unparlamentarisch gewesen sein sollte, entschuldige ich mich.

Sie versprechen 10 Millionen € für die Kommunen im Kita-Bereich. Sie versprechen das - das kann ich nachvollziehen - und sagen, Sie heben den Deckel nicht auf, Sie heben ihn an. Das ist eine gute Maßnahme, gar keine Frage. Aber Sie versprechen jetzt im Juni 2010, dass Sie im nächsten Jahr 10 Millionen € mehr geben. Glauben Sie, dass irgendjemand in diesem Land noch darauf vertraut, dass das, was Sie heute im Juni sagen, im Dezember noch Bestand haben wird?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Carstensen hat in der Regierungserklärung gesagt: Wir brauchen eine Rückkehr zur **Glaubwürdigkeit in der Politik**. Das gilt wahrscheinlich immer erst ab morgen. Ich mache einmal einen kurzen Praxistest. Da, Herr Kubicki, sind Sie auch gleich mit im Boot. Beitragsfreiheit war vor der Wahl versprochen, nach der Wahl ist es zurückgenommen worden. Ab Dezember 2009 hat der Ministerpräsi-

dent eine Vereinbarung zwischen Bund und Ministerpräsidenten zum Bildungsgipfel unterschrieben. Das war im Dezember. Im Juli 2010 wird sie aufgekündigt. Sie haben noch im März den Lehrern eine Arbeitszeitverringerung zugestanden. Im April wurden dann Lehrer mit einer Arbeitszeiterhöhung überrascht.

(Zurufe von CDU und FDP)

Wir haben noch im Wahlkampf, im letzten Herbst gehört, dass es einen demografischen Wandel mit einer Rendite gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Mit dieser Rendite - Herr Kubicki, hören Sie zu! - -

(Zuruf von der FDP: Zum Thema!)

- Es ist zum Thema. Die Frage ist, worüber wir heute sprechen. Sie sagen, wir heben den Deckel an. Aber darüber reden wir heute gar nicht. Wir reden hier über die Einkassierung des freien Kita-Jahres.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Ich sage Ihnen: Die 10 Millionen € für die Kommunen, die Sie heute versprechen, sind auf Sand gebaut, um einmal Ihre Worte zu benutzen, Herr von Boetticher. Ich sage Ihnen gerade, wo Sie in neun Monaten überall eine Kehrtwende hingelegt haben, und zwar ohne Argumente.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Zum demografischen Wandel: Sie haben gesagt, 1.300 Stellen sollen im System bleiben. Das war noch im Herbst klar. Wir haben Mittwoch vom Ministerpräsidenten gehört, dass dieser Punkt komplett einkassiert wird. Jetzt sagen Sie im Juni 2010, zum nächsten Jahr sollen 10 Millionen € kommen. Bis zum Dezember sind es noch sechs Monate. Wer weiß, was Ihnen da noch einfällt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Ich möchte das hier noch einmal ganz kurz deutlich machen: Die Rahmenbedingungen haben sich im Prinzip überhaupt nicht verändert. Sie verweisen immer auf die neue Situation. Die **Schuldenbremse**, auf die Sie sich hier immer beziehen, existiert nicht erst seit der letzten Landtagsagung. Die Schuldenbremse existiert seit Mai 2009 auf Bundesebene.

(Anke Erdmann)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Torsten Geerds:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki?

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Nein, jetzt komme ich zu Herrn de Jager, weil Herr de Jager uns klargemacht hat, wie es dazu kam, dass die Ergebnisse des Bildungsgipfels jetzt nicht mehr eingehalten werden können. Wir haben das Thema länger im Bildungsausschuss erörtert. Dort war die Frage, warum die Zusagen, die am 16. Dezember noch gemacht worden sind, nämlich 13 Milliarden € für Bildung und Forschung auszugeben, nicht eingehalten wurden, obwohl sich keine Rahmenbedingungen verändert haben. Da hat der Ministerpräsident unterschrieben. Sie, Herr Minister de Jager, haben zugegeben, dass die Schuldenbremse vorher schon bekannt war. Sie haben gesagt: Ja, das strukturelle Haushaltsdefizit war vorher schon bekannt. Herr de Jager hat im Ausschuss gesagt, das Problem, einzuhalten, was der Ministerpräsident am 16. Dezember zugesagt hat, lag darin, dass Herr Wiegard kurz vor Weihnachten einen Brief geschrieben hat, in dem es um die konkrete Umsetzung des Haushalts und um die Einhaltung der Schuldenbremse in der Praxis ging. Das ist schon ein hartes Stück: Am 16. Dezember zuzustimmen und kurz vor Weihnachten - nach einer Woche - überrascht darüber zu sein, dass man plötzlich einen Haushalt aufstellen muss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Das zeigt, wie viel die Worte dieser Regierung wert sind. Dann wird vom Ministerpräsidenten gesagt, der Landesanteil sei so hoch, der Bundesanteil sei zu gering. Ich erinnere noch einmal an die Plenardebatte, die wir zu diesem Thema im letzten Dezember hatten. Der Ministerpräsident hat da ganz klar gesagt: Wolfgang Kubicki und ich, wir waren bei Angela Merkel; wir haben nicht nur Kekse gegessen, wir haben richtig etwas herausgehandelt. - Dafür habe ich Sie auch noch gelobt, weil ich gesagt habe, ein Anteil der Länder von 40 % sei in Ordnung. Nachdem er erzählt hat, dass der Kofinanzierungsanteil auf Ihr Betreiben hin so stark gestiegen sei, hat er gesagt: Super, Leute, jetzt schaffen wir das. Ohne dass sich etwas verändert hat, denn dazu braucht man eigentlich nur die Multipli-

kation, aber das brauche ich Ihnen ja nicht zu erzählen - -

(Zurufe)

- Ich kann das vorrechnen. Es sind 13 Milliarden €. Wenn der Bund davon 40 % zu übernehmen bereit ist, bleiben für die Länder logischerweise 60 %. Das ist es im Großen und Ganzen. Nehmen Sie dann den Königsteiner Schlüssel. Damit kommen Sie auf die mindestens 100 Millionen €, von denen Sie in Ihren Papieren immer gesprochen haben und von denen Sie gesagt haben, sie stünden für den Landeshaushalt als Kompensation bereit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe)

- Herr Wiegard, Sie legen ja keine Rechnung vor, deshalb müssen wir selbst multiplizieren. Rückkehr zur Glaubwürdigkeit: Das kann nur gelten, wenn man eine schizophrene Persönlichkeit zugrunde legt. Das unterstelle ich Ihnen aber nicht. Deshalb bin ich der Meinung, dass Sie wider besseres Wissen hier bestimmte Versprechungen gemacht haben.

Ich gehe zum nächsten Punkt. Die 10 Millionen € im Dezember sind unsicher. Ich glaube, das gilt auch für die Kita-Standards.

**Präsident Torsten Geerds:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Die gestatte ich jetzt nicht mehr. Herr Minister Klug, Sie haben gestern im Bildungsausschuss noch einmal gesagt: Wir werden an den Standards festhalten. Ihre Entschlossenheit in diesem Punkt ließ etwas zu wünschen übrig. Sie haben sehr im Konjunktiv gesprochen. Ich glaube, die Eltern sind veratet und verkauft, wenn sie dem Minister für die gymnasiale Oberstufe vertrauen müssen, wenn es um die Standardabsicherung bei den Kitas geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Klahn, Sie haben auch über das Thema **Standardabsicherung** gesprochen. Das ist im Paket mit drin. Ich glaube nicht, dass sich ein Mensch, für den die Menschwerdung in der gymnasialen Oberstufe beginnt, an dieser Stelle so massiv für die Kitas einsetzt.

Herr von Boetticher, Sie haben viel über Benchmarks gesprochen. Ich kann nachvollziehen, wenn



(Anke Erdmann)

Sie sagen, beitragsfreie Kita-Jahre gebe es nicht in allen Ländern. Das stimmt. Es ist auch klar, dass es sehr willkürlich ist, welche - -

(Zurufe von der FDP)

- Sie haben mein Argument noch nicht gehört. Ich sage, Sie haben ein Benchmark-Argument eingebracht. Sie können sich nicht nur anschauen, wo die beitragsfreien Kita-Jahre sind und wo nicht, sondern man muss sich auch anschauen, wie groß der Landesanteil und wie groß der Elternanteil in den verschiedenen Bundesländern ist. Da sieht es in Schleswig-Holstein einfach bitter aus. Das ist das Problem mit Benchmarks. Man muss das Richtige treffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wenn wir Ihr Gesetz so beschließen, wie Sie es machen wollen, dann sind wir in einem Punkt wieder Spitze, und das ist der Punkt der Elternbeteiligung. Die Eltern in Schleswig-Holstein zahlen dazu, und das ist ein Problem.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Frau Kollegin Antje Jansen das Wort.

(Zurufe)

**Antje Jansen [DIE LINKE]:**

Herr Kubicki, hören Sie zu! - Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Die Landesregierung und die Fraktionen der CDU und der FDP haben ihr Programm zur **Haushaltskonsolidierung** aufgelegt. Das haben wir in diesen Landtagstagen erlebt. Natürlich musste da eine Überschrift drauf: „Handlungsfähigkeit erhalten - Zukunftschancen ermöglichen“. Auf die sind Sie wirklich stolz, aber nach unserer Meinung müssen Sie sich für dieses Programm schämen.

(Beifall bei der LINKEN)

Womit fangen Sie in der Umsetzung an? - Es genügt Ihnen nicht, uns einen Gesetzentwurf vorzulegen, den Sie durch das Parlament peitschen wollen. Für die Formalien wird eben ein wenig eingeflickt. Da werden von der FDP ruckzuck ein paar Stellungnahmen aus dem Hut gezaubert. Frau Herdan

von der CDU - leider geht sie gerade -, Sie haben in Ihrem Redebeitrag Argumentationen auf den Tisch gelegt, die erklären, warum das **beitragsfreie Kita-Jahr** nicht bei den Eltern angekommen ist. Haben Sie uns Abgeordneten Belege aus den Kreisen, aus den Gemeinden und aus den kreisfreien Städten vorgelegt, die zeigen, wie die Belegung in den Kindertagesstätten letztlich gewesen ist, als das beitragsfreie Jahr eingeführt wurde? - Nein. Sie haben - -

(Zurufe)

- Das Papier, das Sie uns vorgelegt haben, ist ein Papier auf der Grundlage, dass jetzt 9 Millionen € weniger aufgewandt wurden, also nur 26 Millionen € und nicht 35 Millionen €. Im Hauruckverfahren legen Sie uns heute Morgen dieses Papier vor. Das belegt noch lange nichts. Erst gab es einen Geburtenrückgang. Man kann Kinder auch hier in Schleswig-Holstein nicht einfach herzaubern, um Zahlen zu belegen. Auf der anderen Seite ist Ihr Sparzwang, den Sie sich hier auferlegt haben, ein - ich sage einmal - gefühlter Beleg dafür, um dieses beitragsfreie Kindergartenjahr abzuschaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Kubicki, es ist bei den Eltern und bei allen Vereinen und Verbänden angekommen, wenn Sie sagen, das seien diejenigen, die nicht dafür waren. Ich sage Ihnen: Vor anderthalb Wochen war hier eine große Demonstration. Dort haben alle Vereine, Verbände und Träger gezeigt: Sie kämpfen dafür, dass das beitragsfreie Kindergartenjahr erhalten bleibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich muss Ihnen sagen: Sie haben sich mit Trickereien für Ihren Gesetzentwurf vor einer ordentlichen Anhörung, vor **Stellungnahmen** und vor ernsthaften Debatten schützen wollen. Sie haben heute Morgen, natürlich mit Beschluss, im Hauruckverfahren eine Anhörung stattfinden lassen. Die ist für uns als Abgeordnete oder auch als Fraktion nicht ehrlich. Wir konnten den **Vereinen und Verbänden** nicht unsere ernsthaften Fragen stellen. Wir konnten nicht erfahren, wie sie das sehen. Nur weil Sie sparen wollen, und zwar an der falschen Stelle, haben Sie gesagt, das müsse jetzt abgeschafft werden.

Frau Herdan, wenn Sie sagen, wir hatten einen ausgeglichenen Haushalt, dann frage ich Sie: Was haben Sie in der ganzen Zeit mit dem Geld gemacht, dass wir so hoch verschuldet sind? - Haben Sie es den Reichen in die Tasche gesteckt, oder was? -

(Antje Jansen)

Das ist eine Aussage, die nicht richtig ist. Vielleicht müssen Sie ja mit diesen Trickereien arbeiten, denn Sie beginnen Ihre Version von Haushaltskonsolidierung ausgerechnet damit, dass Sie uns hier einen Gesetzentwurf vorlegen, in dem Sie den schleswig-holsteinischen Kindern die Zukunft kürzen. Chancengleichheit wird in Schleswig-Holstein damit zur Farce.

Das ist etwas, was sich die Bürgerinnen und Bürger hier im Land nicht so einfach gefallen lassen, meine Damen und Herren, das haben Sie ja auch erlebt.

(Beifall bei der LINKEN)

Eltern, Träger und Gewerkschaften haben sich in einem **Aktionsbündnis** zusammengetan, wie man es sich breiter gar nicht vorstellen kann. Eltern, Arbeitnehmer und Arbeitgeber sagen gemeinsam: „Kürzt den Kindern nicht die Zukunft. Uns reicht's!“

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Kubicki, wenn Sie meinen, Kinder würden hier für politische Zwecke vorgeführt, dann sage ich Ihnen: Wir haben Bildungsleitlinien in den Kindertagesstätten, die uns Erzieherinnen und Erzieher verpflichten, politische Mitwirkung in den Kindertagesstätten anzubieten. Sie müssen auch lernen, sich für ihre Interessen einzusetzen. Das können wir unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Kindern die Chance genommen wird, gleiche Bildung zu erfahren, haben sie ein Recht, auch mit fünf oder sechs Jahren hier vor der Tür zu stehen und zu demonstrieren, Herr Kubicki.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das müssen Sie vielleicht noch einmal lernen. Das gehört zur Demokratie dazu. Wir wollen junge und auch jüngere Menschen dazu anleiten, sich für ihre Interessen einzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der FDP: Anzuleiten? - Weitere Zurufe)

Herr Kubicki, es gibt Bildungsleitlinien. Lesen Sie sich die einmal durch! Dann werden wir hier noch einmal stehen und nach meiner Meinung anders miteinander sprechen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja, genau! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Mittwoch ebenso wie gestern sind die Menschen selbst vor die Türen des Landeshauses gekommen,

um Ihnen klar und deutlich zu machen, was sie davon halten, wenn ihnen und ihren Kindern die Zukunft wegkonsolidiert werden soll. Vor der Tür war es klar, und hier drinnen muss man es Ihnen eigentlich nicht mehr sagen, denn Sie wissen natürlich, dass die Streichung des beitragsfreien dritten Kita-Jahres Zukunftschancen nicht ermöglicht, sondern zerstört.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Streichung wird dazu führen, dass Kinder aus Kitas abgemeldet werden. Das haben uns einige große Träger signalisiert. Diese Streichung wird dazu führen, dass Kinder nur halbtags statt ganztags in den Kindergarten gehen werden. Und es werden selbstverständlich Kinder aus armen Familien und diese Familien selbst sein, die diese Streichung treffen wird.

Nirgends in der Bundesrepublik sind Kindertagesstätten teurer als in Schleswig-Holstein. Die Spitzenstellung nimmt das Land schon unter Einbezug des beitragsfreien dritten Kita-Jahres ein. Die vorgesehene Streichung wird die Spitzenposition unanfechtbar verteidigen. So wird das nichts mit der Erhaltung von Zukunftschancen.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Hier wird im Gegenteil gerade bei denen gekürzt, um deren Zukunft es gehen sollte und vor allem um ihre Chance, ihr Leben einmal frei und selbstbestimmt zu gestalten. Dem können wir natürlich nicht zustimmen.

Es kann auch nicht reichen, dass Sie 10 Millionen €, die Sie hier wegekürzen, in die **Landesmittel** für **Kindertagesstätten** geben wollen. Damit deckeln Sie auf einem wiederum unzureichenden Niveau. Gedeckelt wird nämlich schon seit 2004. Die 10 Millionen € mehr mögen helfen, aber sie gleichen die Verluste seit 2004 in diesem Bereich nicht aus.

(Günther Hildebrand [FDP]: Das können Sie doch nicht uns vorwerfen!)

- Ich werfe das der Vorgängerregierung vor. Sie haben das in Ihrer Regierungszeit hier mitgemacht. Die FDP saß damals in der Opposition, gut. Das kann ich Ihnen nicht anlasten. Aber die CDU macht hier ja mit, und die SPD war damals mit an der Regierung. Auch die Grünen haben das mit gedeckelt.

(Zurufe)

Die 10 Millionen € werden letztendlich - -

(Antje Jansen)

(Anhaltende Zurufe)

- Das sehen Sie ja, wer hier Landesvorsitzende war, natürlich. Ich habe dagegen gestimmt.

(Anhaltende Zurufe)

Wir können auch nicht übersehen, dass die **Abwicklungskosten** des beitragsfreien dritten Kita-Jahres einfach bei den Kommunen und bei den Trägern liegen bleiben sollen. Kommunen haben Personal eingestellt für die verwaltungstechnische Umsetzung. Die Träger haben im Vertrauen auf die Einführung und den Bestand des beitragsfreien dritten Kita-Jahres Personal eingestellt. Und nun sollen sie sehen, wie Sie mit diesen Menschen umgehen. Es sind Arbeitsverträge abgeschlossen worden. An denen hängen Arbeitsplätze, die jetzt hinfällig werden. Und für die Kommunen und für die Träger hängen an diesen Verträgen natürlich auch Fristen und damit auch Kosten, wenn es quasi fristlos keine Refinanzierung mehr gibt.

Der Herr Minister für Soziales hat gestern früh den versammelten Sozialverbänden draußen vor der Tür erklären wollen, wie schwer ihm und der ganzen Regierung **Streichungen und Kürzungen im sozialen Bereich** fallen. Das hat da draußen vor der Tür dieses Hauses natürlich nicht geklappt. Der Minister ist nicht wirklich zu Wort gekommen. Das muss uns nicht wundern, denn die Geduld der Menschen in Schleswig-Holstein ist durch Ihr Sparprogramm erschöpft.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber ich hoffe, das, was dem Minister da entgegengerufen wurde, klingt ihm noch in den Ohren. Sein Redeversuch ist untergegangen in den drei schlichten Buchstaben: HSH. Diese drei Buchstaben reichen tatsächlich aus, um das Sparpaket politisch zu qualifizieren, das die Landesregierung durchsetzen will.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, das hat Herr Garg zu verantworten!)

- Das haben Sie mit zu verantworten, denn Sie haben ja die Gehälter

(Zurufe von der FDP)

- da saß ich schon hier auf dieser Bank - erhöht, und Sie haben zugestimmt.

(Widerspruch bei der FDP)

- Natürlich haben Sie das dann zu verantworten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben uns der Stimme enthalten! - Weitere Zurufe von der FDP - Glocke des Präsidenten)

- Herr Kubicki, Sie können sich Ihre Hände hier nicht reinwaschen. Sie sitzen hier doch schon seit längerer Zeit auf der Bank, und jetzt sind Sie an der Regierung beteiligt. Sie wissen schon, was Sie wollen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben alles mit zu verantworten! Wunderbar! - Weitere Zurufe von der FDP)

Über Ihre Motivation brauchen wir in der Tat nicht weiter zu reden. Für diese Landesregierung ist Vertiefung und Zementierung sozialer Schieflage Programm. Das machen wir nicht mit. Wir machen es nicht mit bei den Hochschulen, wir machen es nicht mit bei den unsozialen Kürzungen beim Landesblindengeld, nicht bei den Frauenhäusern, nicht bei den Selbsthilfegruppen. Ihre Streichliste ist zu umfassend, um sie hier erschöpfend aufzuzählen. Natürlich machen wir es nicht mit beim beitragsfreien dritten Kita-Jahr. Ihren Angriff gegen die sozialen Interessen der Menschen im Land müssen Sie allein führen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort für die SSW-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir alle wissen, dass der Bereich der **frühkindlichen Förderung** von der Politik viel zu lange vernachlässigt worden ist. Anstatt in dieses enorm wichtige Zukunftsfeld zu investieren, wurden die Standards immer weiter verschlechtert, die Elternbeteiligungen stiegen, und Ansätze zur dringend notwendigen Qualifizierung des Personals wurden nicht konsequent verfolgt. Deshalb unterstützt der SSW selbstverständlich alle Vorhaben, die dazu dienen, die pädagogische Förderung von Kindern zu verbessern. Allein der Blick auf die günstigeren Bedingungen und guten Ergebnisse der frühkindlichen Förderung in Dänemark lässt unserer Meinung nach keinen Zweifel an der Wichtigkeit solcher Maßnahmen.

(Unruhe)

Wenn wir heute sehen, was wir an Geld brauchen, um Fortbildungs- und Stützkurse für Schüler aufzu-

**(Flemming Meyer)**

bringen, damit sie für eine Ausbildung reif sind, kann man sehen, was man spart, wenn man wirklich in frühkindliche Bildung einsteigt.

(Anhaltende Unruhe)

Wer die gestrige Ausschusssitzung zur Änderung des Kita-Gesetzes verfolgt hat, hat aber mit größter Wahrscheinlichkeit den Eindruck gewonnen, dass die frühkindliche Bildung bei den Regierungsfractionen keine besonders hohe Priorität genießt.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Abschaffung des beitragsfreien Kita-Jahres soll einfach im Hauruckverfahren durchgepeitscht werden, was unsere Fraktion bei diesem so wichtigen Thema ganz einfach nur beschämend findet.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Unruhe)

Ein ordentliches **parlamentarisches Verfahren** findet hier definitiv nicht statt. Es kann weder von ausreichender Beratungszeit noch von einer annähernd zufriedenstellenden Informationsgrundlage die Rede sein. Diese Gesetzesänderung birgt aber viel zu viele ungeklärte Fragen und nicht absehbare Konsequenzen, als dass sie einfach im Vorbeigehen durchgedrückt werden dürfte.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wenn durch die gestrige Ausschusssitzung etwas klar geworden ist, dann ist es die Tatsache, dass es in diesem Zusammenhang schlicht und einfach viel zu viele offene Fragen gibt. Diese müssen aus Sicht des SSW erst einmal geklärt werden, bevor hier eine Entscheidung getroffen werden kann.

Als neues Mitglied des Landtags kann ich meine Verwunderung und Enttäuschung über die Art und Weise, wie mit diesem Thema umgegangen wird, nicht verbergen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

20 Jahre lang bin ich im Kreistag Schleswig-Flensburg gewesen, und ich dachte, ich wäre schon etwas gewöhnt, aber so etwas hat man uns dort nicht geboten.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

In dieser Angelegenheit wäre es meiner Meinung nach das Mindeste, die Betroffenen im Rahmen einer Anhörung einzubeziehen. Hier meine ich vor

allem auch die Elternvertreter. Das wird doch auch in vielen anderen Fällen, die weit weniger komplex sind, ganz selbstverständlich so gemacht.

Diese indiskutable Vorgehensweise der Regierungsfractionen liegt natürlich darin begründet, dass die ersatzlose Streichung des beitragsfreien Kindergartenjahres auf der sozial unausgewogenen und intransparent erarbeiteten Sparliste der Regierung steht. Als Begründung hierfür wird nun genannt, dass sich das Land die **Kosten** von rund 35 Millionen € pro Jahr einfach nicht mehr leisten kann.

Trösten soll die direkt Betroffenen anscheinend die Erhöhung der **Zuschüsse für die laufenden Betriebskosten** der Kindertagesstätten. Die **Standards** bei Personal und Gruppengröße werden, so jedenfalls der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung, durch die Aufstockung um 10 Millionen € gesichert. Dass die Erfüllung des **Bildungsauftrags** so ganz einfach nicht gelingen kann, weil sich die Einrichtungen und Fachkräfte schon längst an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit befinden, wird durch die Verantwortlichen leider völlig ignoriert. Genauso wie die Tatsache, dass die Erhöhung des seit 2004 festgefrorenen Betriebskostenzuschusses längst überfällig war, und die 10 Millionen € im Grunde nicht mehr sind als eine neue Deckelung zum Ausgleich der Kostenentwicklung in den vergangenen Jahren.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Für den SSW steht fest: Wir brauchen hier dringend eine Dynamisierung.

Auch ohne Anhörung muss klar sein, dass die ersatzlose Streichung des beitragsfreien Kindergartenjahres selbstverständlich unmittelbare negative Auswirkungen auf die Kinder und ihre Eltern hat. Sie müssen in Zukunft tiefer in die Tasche greifen, um diese unsinnige Sparmaßnahme der Regierung zu finanzieren. Oder aber sie verzichten auf dieses wichtige Angebot und nehmen eine Benachteiligung ihrer Kinder in Kauf. Wir alle wissen aber, dass es leider gerade die **Kinder von gering Verdienenden** und der **Hartz-IV-Empfänger** sind, die durch diese Entscheidung besonders hart getroffen werden. Vor dem Hintergrund einer uneinheitlichen **Sozialstaffel**, in der die Kosten für die Betreuung letztlich von der Postleitzahl abhängen, sehen manche Eltern kaum eine Möglichkeit, ihre Kinder in einer Kita zu belassen.

(Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

(Flemming Meyer)

Wir wissen zu diesem Zeitpunkt auch noch gar nicht, welche zusätzliche Kosten auf diese Eltern zukommen. Wenn ich zum Beispiel an die Streichung der Zuschüsse für die Schülerbeförderung denke, dann kommt dort noch etwas auf diese Menschen zu. Eine Entwicklung mit solchen Konsequenzen ist aus der Sicht des SSW untragbar. Wir sind der Auffassung, dass frühkindliche Bildung kein Luxus ist, der vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf, sondern ganz einfach eine bildungs- und sozialpolitische Notwendigkeit.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Gerade für die **privaten Träger** ergeben sich aus der Entscheidung der Landesregierung sehr ernste Probleme. Sie bemerken schon jetzt eine große Unruhe und Veränderungen im **Anmeldeverhalten** der verunsicherten Eltern. Die Kinder werden erst zum zweiten oder dritten Kita-Jahr angemeldet oder im Extremfall sogar abgemeldet. Nähere Zahlen hierzu existieren natürlich noch nicht, und sie erscheinen den regierungstragenden Fraktionen für eine Entscheidung offensichtlich auch nicht notwendig.

Vor allem sind aber die erforderlichen Änderungen in den Einrichtungssatzungen bis zum 1. August ganz einfach nicht zu bewältigen. Die Behauptung, wir müssten gerade wegen dieses engen Zeitraums die Änderung des Kindertagesstättengesetzes in einer einzigen Tagung in erster und zweiter Lesung behandeln, wirkt auf viele einfach ignorant. Eines muss ich deshalb deutlich sagen: Die Abschaffung des beitragsfreien Kita-Jahres bereits zum August dieses Jahres hat zur Folge, dass in vielen Fällen kaum gegengesteuert beziehungsweise die Finanzierungsgrundlage geändert werden kann. Dass das Thema nun im Schnellverfahren abgehandelt werden soll, ändert an dieser Tatsache überhaupt nichts.

Uns allen sollte klar sein, welche enorme Bedeutung die Arbeit der Fachkräfte in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung für unseren Nachwuchs hat. Durch ihre wertvolle Betreuungsarbeit werden die Kinder für die Schule vorbereitet und in der Entwicklung ihres Sozialverhaltens unterstützt.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Gespräche mit Fachkräften und Trägern zeigen leider immer wieder, dass die **Arbeitsbedingungen** der **Erzieherinnen und Erzieher** nicht besonders gut sind. Die Träger sprechen deshalb auch von einem handfesten **Rekrutierungsproblem**. Doch an-

statt Anreize zu geben, damit endlich mehr Menschen eine Arbeit als Fachkraft in einer Kita aufnehmen, wird die Attraktivität dieses Berufs noch verringert. Der Umgang mit diesem Thema und damit auch mit den betroffenen Fachkräften zeigt jedenfalls keine Wertschätzung dieser Arbeit.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die anspruchsvolle und völlig richtige Versorgungsquote für Kinder in frühkindlichen Betreuungseinrichtungen erfordert aber die **Einstellung** von rund 3.000 **zusätzlichen Fachkräften**. Nicht zuletzt durch den erweiterten Bildungsauftrag kommt den Einrichtungen und Mitarbeitern in der frühkindlichen Förderung die wichtige Aufgabe zu, die Kinder in ihren Stärken zu unterstützen und ihre Schwächen auszugleichen. Das beitragsfreie Jahr hat dafür gesorgt, dass jedes Kind zumindest für die Dauer eines Jahres in den Genuss dieser wichtigen Förderung kam.

In seiner Regierungserklärung zum Auftakt dieser Landtagstagung behauptete der Ministerpräsident, dass die frühkindliche Bildung unter der Führung von CDU und FDP gestärkt werde. Vor dem Hintergrund dieser Debatte fällt es mir persönlich aber sehr schwer, dies nachzuvollziehen.

(Beifall beim SSW)

Es ist ein Armutszeugnis für uns alle hier, wenn es nicht gelingt, die Bedingungen in diesem Bereich entscheidend zu verbessern. Hier geht es um nichts weniger als die Sicherung der Zukunft unseres Landes. Eine **Stärkung der frühkindlichen Bildung** lässt sich in der Abschaffung des beitragsfreien Jahres aus Sicht des SSW jedenfalls nicht erkennen.

Für eine weitere Verbesserung wäre vielmehr das Gegenteil notwendig. Das Angebot müsste dringend erweitert werden, damit der Zugang zu den Einrichtungen unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern möglich wird. Stattdessen soll hier eine Gesetzesänderung durchgepeitscht werden, die einen empfindlichen Eingriff in das fragile Finanzierungssystem einer Kita darstellt. So viel und nicht viel mehr ist zu diesem Zeitpunkt sicher.

**Präsident Torsten Geerds:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Ja. - Wenn es dann auch nicht gelingt, die Abschaffung des beitragsfreien Jahres zu verhindern, dann sollten wir aber im Sinne der Planungssicherheit der Träger zumindest dafür sorgen, dass die Streichung erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgenommen wird. Wir haben ja gestern gehört, dass die Regierung, wenn es um die Erhöhung der Einnahmen durch die Grunderwerbsteuer geht, durchaus warten kann. Dann könnte sie auch in dieser Situation warten.

(Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Kollegen Peter Sönnichsen.

**Peter Sönnichsen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist das Thema **Grunderwerbsteuer** angesprochen worden, das wir am gestrigen Tage hier behandelt haben. Darauf will ich gern zurückkommen. Ich bedauere es ein bisschen, dass das Ganze hier mehr oder weniger nur unter finanzpolitischen Gesichtspunkten gesehen wird, aber dann muss man auch dazu Stellung nehmen.

Als wir gestern die Debatte hatten, liebe Frau Kollegin Erdmann, sollte die **Erhöhung** der Grunderwerbsteuer dazu beitragen, die Sparziele dieses Landes zu erreichen. Überschrift „Einnahmen steigern, damit wir nicht nur über die Ausgabenseite reden“. Heute ist das alles hinfällig, und Sie sagen, die Grunderwerbsteuer nehmen wir lieber, um das **beitragsfreie Kindergartenjahr** zu bezahlen.

(Zuruf der Abgeordneten Anke Erdmann  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So und nicht anders war die Ansage. Das ist nachhaltige Finanzpolitik der Grünen, die Sie hier eben demonstriert haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich will auch noch einmal das ansprechen, was der Finanzminister wahrscheinlich mit seiner Frage ansprechen wollte. 2005 hatte dieses Land eine **Neuverschuldung** von 1,7 Milliarden €. Wir haben uns damals in der großen Koalition vorgenommen, das über zehn Jahre bis 2015 auf Null zu führen. 2007, zum Zeitpunkt der Entscheidung für das beitragsfreie Kindergartenjahr, waren wir diesem Ziel weit voraus. Die Neuverschuldung konnte halbiert werden, und es ist uns damals leicht gefallen, diese

Entscheidung zu treffen. Heute fällt es uns - das hat meine Kollegin vorhin angesprochen - natürlich unheimlich schwer, das wieder zurückdrehen zu müssen. Aber es muss ganz einfach aufgrund der Interessenlage des Landes sein.

Dann will ich Ihnen das noch an einem anderen Punkt verdeutlichen und mich dazu auch outen. Seit etwa acht Wochen bin ich Großvater.

(Beifall)

- Vielen Dank. - Wenn ich meinem Enkel jeden Monat 50 € auf das Sparbuch lege, hat er zu seinem 18. Geburtstag noch nicht einmal so viel, wie seine anteiligen Landesschulden sind. Das muss uns bewegen, hier vernünftige Politik zu machen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Frau Kollegin Silke Hinrichsen. - Der Kollege Lars Harms wollte jeweils 100 € aufs Sparbuch packen.

(Heiterkeit)

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute Morgen noch eine Innen- und Rechtsausschusssitzung zu diesem Thema durchgeführt. Unsererseits wurde die Frage gestellt, wie denn die **freien Träger** darauf vorbereitet sind, wenn die Änderungen zum 1. August 2010 umgesetzt werden müssen. Die Antwort war, das sei diesen über die Kindergartenlenkungsgruppe mitgeteilt worden. Es sind nicht alle in diesem Gremium vertreten, aber sie sind tatsächlich informiert worden.

Was bedeutet das? Sie haben ein Schreiben vom 8. Juni 2010 gekriegt, in dem steht: Es könnte sein, dass ab heute möglicherweise eine Veränderung stattfindet und die Beitragsfreiheit aufgehoben wird.

Daraufhin unsere Nachfrage bei den freien Trägern: Wie machen Sie das denn? Die sagen: Ja, wenn wir ein Schreiben kriegen, in dem steht „könnte“, kann ich die Eltern immer noch nicht anschreiben.

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Richtig!)

Das bedeutet, dass nächste Woche, wenn ihnen das möglicherweise mitgeteilt wird, sämtliche Eltern in den jeweiligen Kindergärten angeschrieben werden müssen, ihnen erstens mitgeteilt werden muss: „Die Beitragsfreiheit für das dritte Kindergartenjahr wird

(Silke Hinrichsen)

aufgehoben“, sie zweitens, wenn sie am dritten Kindergartenjahr teilnehmen wollen, gefragt werden müssen: „Möchten Sie das?“, und ihnen drittens gesagt werden muss: „Stellen Sie bitte so schnell wie möglich bei der Kommune“ - wohl gemerkt! - „den Antrag, wenn Sie die Sozialstaffel in Anspruch nehmen wollen.“

Das bedeutet für die Träger, aber auch für die **Eltern** viel Arbeit. Ich kann mich daran erinnern: Es ist nicht nur Fußballweltmeisterschaft, sondern es sind auch noch Schulferien. Es ist nicht sicher, dass die das in der verbleibenden Zeit noch regeln können. Denn wie vielleicht bekannt ist, muss man, wenn man die Anträge auf Sozialstaffel vorlegt, auch die entsprechenden Unterlagen vorlegen. Das alles muss bis zum 31. Juli erfolgen.

Für die **Träger** bedeutet das darüber hinaus auch noch, dass, wenn unterschiedliche Beiträge gezahlt werden müssen, entsprechend Lastschriftverfahren, Verbuchung geregelt werden müssen, kontrolliert werden muss, ob die Anträge überhaupt gestellt worden sind oder verspätet kommen. Das dürfen die alles machen.

Vor diesem Hintergrund kann ich einfach nicht verstehen, warum das heute und hier verabschiedet werden muss. Dass ich dagegen bin, wissen Sie. Aber wofür ich überhaupt kein Verständnis habe, ist die Art und Weise des **Verfahrens**. Es wird nicht nur den Eltern zugemutet, dass sie nächste Woche das Schreiben hoffentlich kriegen können, wenn in jedem großen und kleinen Kindergarten so ein tolles EDV-System vorhanden ist, um so etwas rauszuschicken.

Die gesamte Buchhaltung, alle dürfen in den Ferien sitzen und überlegen, wie man das machen kann und soll. Dazu habe ich immer noch nichts gehört, wie das passieren soll. Das ist nicht nur für die Kinder eine Zumutung, sondern auch für die Eltern und vor allen Dingen für die freien Träger, deren Verwaltungskräfte alle voraussichtlich in den Sommerferien arbeiten dürfen und müssen, weil hier so schnell ein Gesetz durchgesetzt wird.

Herr von Boetticher, wir haben im Ausschuss dann noch über einen sinnvolleren **Zeitpunkt des Inkrafttretens** gestritten. Ein sinnvollerer Zeitpunkt wäre zumindest nach dem 1. August 2010. Es ist auch der 1. Januar 2011 möglich, wenn Sie es wollen, aber nicht so, innerhalb einer Sitzung.

An dieser Stelle darf ich auch noch Folgendes sagen: Das ist jetzt das zweite Gesetz, das so durchgepeitscht wird. Das erste Gesetz war das Landesrichtergesetz. Die Art und Weise, wie das durchge-

setzt wurde, haben wir auch nur deshalb mitgemacht, damit endlich neue Positionen innerhalb der Richterschaft besetzt werden können.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

- Das waren auch CDU und FDP. Sie erwarten von uns - -

(Zuruf)

- Falsch. Ich schlage vor, dass Sie bezüglich der Art und Weise der Änderung des Landesrichtergesetzes noch einmal mit der FDP Rücksprache nehmen.

Unabhängig davon darf ich darauf hinweisen: Es kann nicht sein, wie diese Verfahren durch Sie jetzt durchgesetzt werden. Und dann sagen Sie auch noch, alle sollen groß „Hurra!“ schreien. Das geht ganz bestimmt nicht.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Frau Kollegin Monika Heinold.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Sönnichsen, ich möchte Ihnen gern darauf antworten. Sie haben bedauert, dass wir die Debatte leider nur unter finanzpolitischen Gesichtspunkten führen. Da antworte ich Ihnen: Stellen Sie sich einmal vor, wir würden das beitragsfreie Kita-Jahr abschaffen und dies auch noch fachlich begründen. Das wäre doch die Maximalkatastrophe überhaupt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Insofern ist das keine fachliche Debatte, zumindest nicht von Ihnen losgetreten, sondern es ist Teil Ihres **Haushaltsstrukturkonzepts** und eine Finanzdebatte.

Ich will Ihnen gern anhand der **Grunderwerbsteuer** unsere Philosophie einer nachhaltigen Haushaltspolitik erklären. Das heißt, **Einnahmen** steigern und Ausgaben senken. Das heißt sparen und investieren. Das gehört zusammen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das werden wir Ihnen immer und immer wieder erzählen.

(Monika Heinold)

Wenn Sie dies nicht zusammenbringen, wenn Sie nicht gleichzeitig bei Ausgabenkürzungen auch Einnahmesteigerungen haben, haben Sie zwei Probleme. Das Erste ist, Sie können die Schuldenbremse nicht einhalten. Das kann Ihnen Ihr Finanzminister gern einmal vorrechnen; einen Taschenrechner habe ich. Das Zweite ist, Sie werden diese Gesellschaft spalten,

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil Sie so stark kürzen müssen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt auseinanderfällt.

Deshalb haben wir die Erhöhung der Grunderwerbsteuer immer wieder ins Spiel gebracht. Wir haben gesagt, dass es aus unserer Sicht eine **Gerechtigkeitssteuer** ist. Sie ermöglicht, mehr Geld als bisher in den **vorschulischen Bereich** zu investieren.

Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer wird hier irgendwann beschlossen werden. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Wir werden bei der Einführung wieder dafür werben, dass - ich formuliere vorsichtig - zumindest Teile dieser Steuer in den vorschulischen Bereich gehen. Dafür werden wir wieder werben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE] sowie vereinzelt bei der SPD)

Wir werden dann auch dafür werben, dass man das diesmal anders macht, als Sie es gemacht haben. Sie haben gesagt: Wir machen das beitragsfreie Kita-Jahr, das ist ein Geschenk, gut, kriegen die Eltern, sprechen wir gar nicht mehr darüber. Wir werden dafür werben, dass wir das nächste Mal den Dialog mit den Eltern und mit den Trägern suchen und sagen: Passt mal auf, hier ist eine Summe, die können wir aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer in den vorschulischen Bereich investieren. Wir werden mit den Eltern und mit den Trägern darüber sprechen: Was ist euch das Wichtigste? - Ist es die Sozialstaffel? Ist es die Qualität? Ist es die Quantität? Dieser Dialog muss geführt werden. Das ist letztes Mal versäumt worden. Insofern sage ich, nachhaltige Finanzpolitik ist weit mehr, als die Grunderwerbsteuer wie den Jäger 90 dreimal zu verbraten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Herr Abgeordneter Heinz-Werner Jezewski.

**Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sind genug Argumente ausgetauscht. Ich will nicht länger über das Argument und den Inhalt reden, sondern über das **Verfahren** und über die Würde dieses Hauses.

Wir haben am Montag einen Gesetzentwurf vorgelegt bekommen, der erst am Mittwoch in die erste Lesung gegangen, am Donnerstag in die Ausschussberatungen; in der sollten vier Ausschüsse mit zusammen über 30 Leuten die Debatte führen. Heute erfolgt die zweite Lesung, und das Gesetz wird beschlossen werden.

Ich bestreite nicht das Recht der Regierungskoalition, Gesetze zu verabschieden. Sie werden dieses Gesetz verabschieden. Sie werden sich für dieses Gesetz wie für alle anderen auch zu verantworten haben. Sie verantworten sich schon. Wer sich heute Morgen das ZDF-Politbarometer anguckt, sieht, wie Sie sich dafür verantworten. Es mag sein, Ihr Plan geht auf, und in drei Jahren hat die FDP die absolute Mehrheit. Gut, im Moment fehlen noch 51 % daran. Aber auch das mag sein. Darum geht es mir gar nicht.

Mir geht es darum, wie in diesem Haus mit mir und meinen Kollegen als Abgeordnete umgegangen wird und wie Sie auch mit sich selbst als Abgeordnete umgehen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es ist nicht möglich, diesen Gesetzentwurf innerhalb dieser Plenartagung sachgemäß und inhaltlich richtig zu behandeln. Das einzige, was noch gemacht werden kann, ist, dass man alte Debatten, die seit vielen Jahren laufen und die auch bei der Freistellung des letzten Kita-Jahres gelaufen sind, wiederzukäuen, vielleicht ein neues Argument einzubringen.

Ich will einmal sagen, wie ich mich als Abgeordneter im Ausschuss fühle. Ich bekomme zwei Zettel auf den Tisch, die an die FDP-Fraktion adressiert sind. Darauf sind Antworten, aber ich kenne die Fragen nicht, die gestellt wurden. Wie soll ich dann mit den Antworten umgehen?

Dann habe ich heute Morgen ein hervorragendes Papier des Bildungsministeriums bekommen - vie-



(Heinz-Werner Jezewski)

len Dank für! -, das liegt hier auf dem Tisch. Aber ich soll das als Mitglied des Innen- und Rechtsausschusses, der sich als einziger Ausschuss - das will ich betonen - noch einmal während einer Sitzung wirklich damit auseinandergesetzt hat, beurteilen. Das kann ich nicht tun, weil ich dazu den Rat meiner Finanzfachleute und den Rat meiner Kita- und Bildungsfachleute brauche. Und danach soll ich eine Entscheidung treffen. Das ist das, was ich Ihnen bei diesem Verfahren vorwerfe. Die Würde des Parlamentes hängt nicht daran, welchen Pullover ein Abgeordneter trägt, sondern die Würde des Parlamentes hängt daran, wie wir miteinander umgehen. Das, was wir hier gemacht haben, das war schäbig.

(Beifall bei der LINKEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Vorsitzenden der Fraktion der SPD, Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte vorhin gehofft, dass wir jedenfalls in weiten Teilen eine sachliche Debatte führen können, in der es wirklich um das geht, worüber wir heute reden, nämlich die **Beitragsfreiheit abzuschaffen**. Das ist nicht der Fall gewesen.

Sie haben ein **Verfahren** verteidigt, das dieses Hauses nicht würdig ist. Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten würde ich gern einmal zum Verfahren etwas zitieren:

„Jetzt soll ein Gesetz, das im Hauruckverfahren verabschiedet worden ist, auf gleiche Weise zulasten der Eltern wieder abgeändert werden. Wir halten das weder für sinnvoll noch für politisch vertretbar. Schleswig-Holstein hat bei den Kindergartenplätzen unter allen westdeutschen Bundesländern den höchsten Finanzierungsanteil zulasten der Eltern. Es wäre ein wirklich positives Signal zugunsten der Familien mit Kindern, wenn das Land nun auf eine Wiedereinführung der Kitagebühren verzichten würde.“

Das hat Ekkehard Klug hier im Landtag im letzten Jahr gesagt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN - Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Soweit zum Thema Verfahren.

Man sollte schon, wenn man einen Maßstab anlegt, sagen, mein Maßstab ist nicht abhängig vom Datum, sondern man darf - glaube ich - auch ein paar Grundsätze haben.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das ist unglaublich!)

Das Zweite, was ich gern sagen möchte: Herr Ministerpräsident, Sie haben der Debatte weitgehend nicht folgen mögen, aber ich möchte Sie - weil hier bestritten worden ist, dass wir sogar über weitere Beitragsjahre reden - aus dem Dezember 2008 zitieren, Herr Carstensen. Sie haben Folgendes zum Thema Kindertagesstätten gesagt, ich zitiere:

„Lieber Herr Stegner,“

- das haben Sie damals tatsächlich gesagt! -

„Sie haben recht: Das dritte beitragsfreie Kindergartenjahr macht unsere Kommunen attraktiver. Das war auch der Grund, weshalb die Landtagsfraktion der CDU hier die Initiative ergriffen hat.

[Beifall bei CDU und FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Bravo!]

... Und wenn es der Haushalt zulässt,“

- und auf den Satz kam es mir an -

„dann ist in einigen Jahren die gesamte Kindergartenzeit für Eltern kostenlos. Das geht nicht ohne Augenmaß.“

Diese Zitate zeigen, dass es eben überhaupt nicht um die Frage geht, dass man bei dem bleibt, was man vertreten hat. Sondern Sie haben leider im letzten Jahr noch - das ist gerade einmal ein Dreivierteljahr her - bis zur Wahl vertreten, was wir alle richtig finden. Dann ist die Wahl vorbei, und Sie nutzen Ihre Einstimmenmehrheit, um das Gegenteil zu tun.

Das war der Grund dafür, warum wir heute versucht haben, eine Debatte zu führen, um von Ihnen zu hören, ob es wirklich neue Argumente gibt, die das in irgendeiner Art und Weise rechtfertigen. Die haben wir nicht bekommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun mag es sein, dass wir uns an den Zynismus des Fraktionsvorsitzenden der FDP in diesem Haus

**(Dr. Ralf Stegner)**

schon gewöhnt haben, den wir leider heute auch bei der Kita-Debatte gehört haben. Ich fand es schade, dass bei Ihnen zu diesem Thema kein Fachpolitiker geredet hat.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Aber bei Ihnen!)

An den appelliere ich aber gar nicht, sondern ich habe mich an die anderen Abgeordneten gewandt. Noch einmal: Es wird noch anders sein als beim Sparkassengesetz, wenn Sie heute mit Ihrer Einstimmigkeit die Beitragsfreiheit abschaffen - in einem Hauruckverfahren, wie wir das hier machen. Dann werden nicht nur wir Ihnen das vorhalten, sondern dann werden Sie auch spüren, dass die Menschen in Schleswig-Holstein diese Politik nicht in Ordnung finden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der CDU)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Kollegen Schippels.

**Ulrich Schippels [DIE LINKE]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vieles ist schon gesagt worden. Ich finde auch, viel Richtiges ist aufseiten der Opposition schon gesagt worden. Einzig noch zu einem Punkt, Frau Heinold: Ich gehe davon aus, dass die Gefahr der Spaltung der Gesellschaft nicht erst dann vorhanden ist, wenn diese Gesetzesänderung hier verabschiedet wird. Gucken Sie sich heute mal die „Kieler Nachrichten“ an, schauen Sie sich da mal die Zahlen zur Armut bei Kindern und Jugendlichen an! Es ist sehr dramatisch, was sich dort entwickelt. Ich fürchte leider, dass die Gesellschaft schon sehr stark gespalten ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie, meine Damen und Herren von der FDP, sind diejenigen, die das am stärksten forcieren. Das ist das eine.

Das Zweite, was ich hier sagen möchte, schreiben Sie sich das bitte einmal hinter die Ohren: **Bildungsinvestitionen** rentieren sich.

(Zurufe von der FDP)

Das bedeutet tatsächlich weniger Ausgaben für Sozialarbeit, für Gefängnisse, im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit in der Zukunft. Wenn Sie eine

nachhaltige Finanzpolitik machen wollen, dann streichen Sie nicht bei den Kurzen!

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Letztes: Herr Kubicki, Sie haben darauf hingewiesen und haben es wieder behauptet, dass das **Kindergartenjahr** 35 Millionen € kostet. Wir haben gestern den Umdruck 17/970 bekommen. Darin heißt es eindeutig, dass es eine Überkompensation der Kommunen in Höhe von ungefähr 9 Millionen € pro Jahr gibt. Das bedeutet letztlich, dass ein Kindergartenjahr in der bisherigen Art und Weise auch mit 26 Millionen € finanziert werden könnte. Das ist auch eine Menge Geld, aber ich sage Ihnen auf der anderen Seite auch, wenn Sie das beitragsfreie Kita-Jahr jetzt streichen, werden Sie nicht 35 Millionen €, sondern höchstens 26 Millionen € pro Jahr sparen. Überlegen Sie sich das gut. Das sind Informationen, die wir heute und gestern bekommen haben, und die sollten in Ihre Entscheidungsfindung auch mit einfließen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Bildung und Kultur, Herrn Dr. Ekkehard Klug.

**Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung misst der **frühkindlichen Bildung** eine zentrale Bedeutung zu, denn mit ihr werden die Weichen für die spätere schulische und berufliche Entwicklung der Kinder gestellt. Zudem besitzt sie eine Schlüsselfunktion für eine gelingende Integration.

(Zurufe von der SPD)

Um dies trotz begrenzter Mittel angemessen zu unterstützen, müssen wir mehr denn je klare Schwerpunkte setzen. Das heißt, die **Landesförderung** muss sich vor allem darauf konzentrieren, die **Qualität** der frühkindlichen Bildung zu sichern.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Nach diesem Maßstab kann die Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres nicht mehr aufrechterhalten werden. Vielmehr müssen die Anstrengungen auf drei Herausforderungen ausgerichtet werden: Erstens wollen wir ein qualitativ hochwertiges

**(Minister Dr. Ekkehard Klug)**

Angebot, das spätestens ab 2013 auch für die Kinder unter drei Jahren bedarfsgerecht ist.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens wollen wir mit allen Beteiligten ein transparentes und gerechtes Finanzierungssystem entwickeln. Und Drittens gilt es klarere und möglichst einheitliche Maßstäbe bei den sozialen Ermäßigungen in Schleswig-Holstein zu erreichen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Um dies zu erreichen, wird sich unsere Politik an zwei maßgeblichen Eckpunkten orientieren. Wir halten an unserer Unterstützung für den **Ausbau von Krippenplätzen** fest. Darüber hinaus wollen wir den **Landeszuschuss für Kindertagesstätten** ab 2011 um jährlich 10 Millionen € auf dann 70 Millionen € erhöhen. Bis 2013 investieren wir zusammen mit dem Bund 490 Millionen € in frühkindliche Bildung und Betreuung in Schleswig-Holstein. Diese Leistungen können sich sehen lassen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Die **Erhöhung des Betriebskostenzuschusses** um 10 Millionen € wollen wir mit einer Zielvereinbarung mit den Kreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden verbinden. Gemeinsam wollen wir folgende Ziele anstreben: Die zusätzlichen Landesmittel sollen in vollem Umfang der **Qualität der Kindertagesbetreuung** zugutekommen. Zudem wollen wir vereinbaren, bis 2013 ein neues Finanzierungssystem zu entwickeln. Wir brauchen dafür mehr **Transparenz** über die derzeitigen **Finanzierungsanteile von Land, Kreisen, Gemeinden, Eltern und freien Trägern**.

(Beifall bei FDP, CDU und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht zuletzt wollen wir gemeinsam daran arbeiten, dass die Bemessungsgrundlagen für die **Sozialstaffelermäßigung** einander angeglichen werden.

Qualitätssicherung zugunsten der frühkindlichen Bildung erreichen wir nicht nur über die Aufstockung der Landeszuweisung und den Ausbau der Krippenplätze. Das sind die beiden Punkte, die ich schon nannte. Wir sorgen auch dafür, dass mehr Erzieherinnen und Erzieher sowie sozialpädagogische Assistenzkräfte ausgebildet werden. Bis 2013 werden wir dafür 93 **Planstellen** an den **berufsbildenden Schulen** bereitstellen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Denn es ist ja klar, der Ausbau der Einrichtungen - gerade auch für die unter Dreijährigen - führt dazu, dass wir einen höheren **Bedarf an Fachkräften** haben.

Als Sofortmaßnahme werden im kommenden Schuljahr neun zusätzliche Klassen an Fachschulen für Sozialpädagogik eingerichtet.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn man diese Verbesserung wirklich will und zugleich die **Haushaltskonsolidierung** zum Erfolg führen will, dann geht das nicht ohne Einschränkungen an anderer Stelle, also beim beitragsfreien Kita-Jahr. Das führt zum **Wegfall einer Sozialleistung**, die undifferenziert allen Empfängern zugutekommt, also auch jenen, die sich aufgrund ihrer **Einkommenslage** problemlos Kita-Gebühren für ihre Kinder leisten können. Gleichzeitig wird es dadurch aber möglich, auch in einer extrem schwierigen Haushaltslage frühkindliche Bildungs- und Betreuungsangebote in unserem Land weiter auszubauen und sie in ihrer Qualität zu sichern.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Damit handelt es sich eben gerade nicht um eine Kürzung zulasten der Kindertagesstätten, wie es auch in der vorigen Woche mehrere Verbände und Gewerkschaften in einem Brief an die Landtagsabgeordneten wieder einmal fälschlicherweise behauptet haben.

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Das sind Menschen aus der Praxis, die wissen das!)

Es geht hier um eine **Prioritätensetzung**, die in diesen Zeiten auch nach politischen und ethischen Maßstäben vertretbar und vernünftig ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Denn die Beitragsfreiheit könnte nur über höhere - noch höhere - Schulden weiter finanziert werden. Das beträfe besonders die junge Generation, die durch diese zusätzlichen Schulden weiter belastet würde.

Die Verbesserung der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote, in die wir künftig stärker als bisher investieren, ist demgegenüber eine echte Investition in höhere Bildungschancen für Kinder und

**(Minister Dr. Ekkehard Klug)**

eben nicht - wie die Beitragsfreiheit - eine Sozialleistung auch für jene, die sie gar nicht nötig haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

In der vorigen Woche - Wolfgang Kubicki hat das Zitat schon angeführt - schrieb Martin Spiewak in der Wochenzeitung „Die Zeit“:

„Die Gebührenfreiheit ist extrem teuer, erhöht weder die Chancengerechtigkeit, noch hebt sie das Bildungsniveau.“

Er fährt dann fort: Als Berlin das letzte Kita-Jahr beitragsfrei stellte, seien daraufhin nur 500 Kinder zusätzlich in die Kindertageseinrichtungen im Land Berlin aufgenommen worden. - In Berlin!

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Woher wissen Sie das?)

Für Schleswig-Holstein wird die exakte Statistik, die die Auswirkung der Beitragsfreiheit auf die Besuchsquote im Kita-Jahr 2009/2010 zeigen wird, erst im Herbst dieses Jahres vorliegen.

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Wunderbar!)

- Jetzt hören Sie doch vielleicht noch einen Moment zu! - Wir wissen jedoch, dass im Januar 2009

-

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

im letzten Kita-Jahr - 22.176 Kinder gefördert wurden. Im Oktober 2009, also im jetzigen Kita-Jahr, waren es nur 21.943.

(Günther Hildebrand [FDP]: Weniger! - Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Auf diesen Zwischenruf, der einem Zwischenruf des Kollegen Höppner auf die Rede von Frau Herdan entspricht, habe ich eigentlich gewartet.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD])

- Ja, aber jetzt überlegen Sie sich einmal, Herr Kollege Höppner: Wann dürften die Kinder, die zum Kita-Jahr 2009/2010 als Fünfjährige angemeldet worden sind - drittes Kita-Jahr - wohl geboren worden sein? Fällt Ihnen das möglicherweise jetzt ein? Eine überraschende Auswirkung des Geburtenrückgangs?

Ich will das noch einmal deutlich machen - ich habe das eben mit den beiden Zahlen schon eingeleitet -: Das Bildungsministerium des Landes Schleswig-Holstein hat im Spätherbst 2008, als in der letzten

Wahlperiode die Gesetzgebung zur Beitragsfreiheit des Kita-Jahres hier im Landtag verabschiedet wurde, eine Annahme für die Berechnung der **Kompensationszahlungen** zugrunde gelegt. Die Annahme beruhte damals - in Kenntnis der **Geburtenzahlen** fünf Jahre zuvor - auf der Vermutung, dass man eine Steigerung der Beteiligungsquote auf 97 % erreichen würde. Das steht übrigens alles in dem Vermerk, den Sie heute auch vorgelegt bekommen haben; das können Sie alles nachlesen und gedanklich nachvollziehen. Das hat aufgrund der vorhandenen Daten damals zur Annahme geführt, es würden dann im beitragsfreien Kita-Jahr 2009/2010 24.253 Kinder in den Kindertageseinrichtungen des Landes beitragsfrei gestellt werden müssen. Das war natürlich nur eine Schätzung, aber eine Annahme aufgrund einer statistischen Datenlage, die da schon vorhanden war. Die einzig denkbare Abweichung wären Wanderungsbewegungen, die im Nachhinein noch eingetreten wären und von denen man noch nichts wusste. Das will ich gern einräumen. Wir bekommen die exakte Statistik im Herbst. Dann können Sie sich noch einmal damit beschäftigen.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Torsten Geerds:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Spoorendonk?

**Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:**

Darf ich einen kleinen Moment lang meinen Gedankengang noch weiterführen? Ich bin gern bereit, Frau Kollegin Spoorendonk dann eine Frage stellen zu lassen.

Ich will damit nur deutlich machen, dass der Effekt der Beitragsfreiheit für die frühkindliche Bildung nach den von mir eben geschilderten Daten und Fakten - ebenso wie übrigens auch nach den Berliner Erfahrungen - bestenfalls als sehr gering einzuschätzen ist, wenn er überhaupt vorhanden sein sollte.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Jetzt bin ich gern bereit, auf eine Zwischenfrage zu antworten.

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Spoorendonk zu einer Zwischenfrage.

**(Präsident Torsten Geerds)**

**Anke Spoorendonk** [SSW]: Vielen Dank, Herr Minister. Meine Frage bezieht sich auf Ihre Aussage vor diesem langen Satz. Sie sagten, dass Eltern von Beiträgen befreit wurden, die es sich leisten konnten, das Kind im Kindergarten zu haben. Soll ich das Argument so verstehen, dass in öffentlichen Schulen Eltern, dies sich eigentlich auch das Schulgeld der Schulen leisten könnten, dies auch bezahlen sollen? Ich frage etwas provozierend, Herr Minister, ich war nämlich davon ausgegangen, dass die Einführung des beitragsfreien Kita-Jahres notwendig wurde, um die Angleichung der frühkindlichen Bildung an das normale Bildungssystem herbeizuführen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:**

Nein, liebe Frau Kollegin Spoorendonk, das können Sie so nicht verstehen. Und ich bin eigentlich der Meinung, dass Sie es vorhin schon richtig verstanden haben und verstanden haben müssten so, wie wir uns kennen.

**Anke Spoorendonk** [SSW]: Ich werde mir das alles noch einmal genau durchlesen. Ich bin aber der Meinung, dass Sie einen Paradigmenwechsel vornehmen.

**Präsident Torsten Geerds:**

Frau Kollegin, wir führen aber im Moment keine Diskussion, sondern wir stellen Fragen, und eine Antwort ist gegeben worden. Das Wort hat jetzt wieder der Minister.

**Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:**

Ich hatte vor der Zwischenfrage über den mutmaßlichen - wenn überhaupt vorhandenen, dann nur sehr geringen - Effekt der Einführung der Beitragsfreiheit gesprochen.

Ich möchte jetzt anschließen, dass man das zu den erheblichen **Kosten** in Beziehung setzen muss, die das **beitragsfreie Kindergartenjahr** mit sich bringt. Diese Kosten sind enorm, selbst wenn man berücksichtigt, dass die Ausgleichszahlungen in der vorigen Wahlperiode aufgrund einer damals unzulänglichen Datenbasis mit 35 Millionen € zu hoch angesetzt worden sind. Das Kostenmonitoring für

<sup>2</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 2 bei

den Monat Oktober 2009 hat eine Überzahlung für diesen Monat in Höhe von rund 809.000 € ergeben. Daraus lässt sich für das gesamte Kindergartenjahr 2009/2010 eine Überkompensation in Höhe von schätzungsweise 9 bis 10 Millionen € ableiten. Ich denke, das relativiert vielleicht auch ein klein bisschen manche beredt vorgetragene Klage aus der kommunalen Familie, die wir gelegentlich hören.

Die Entscheidung, die Beitragsfreiheit des letzten Kita-Jahres abzuschaffen, ist das Ergebnis einer sorgfältigen Abwägung und einer bildungs- und finanzpolitisch sinnvollen Prioritätensetzung. Am meisten fällt für mich dabei ins Gewicht, dass uns dieser Schritt nun ermöglicht, auch in schwierigen Zeiten die frühkindliche Bildung in unserem Land weiter zu stärken.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Torsten Geerds:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, über den Gesetzentwurf in einer namentlichen Abstimmung abzustimmen. Die Schriftführerinnen werden gleich die Namen einzeln vorlesen. Wer dem Gesetz zustimmen möchte, der möge mit Ja stimmen, die anderen mit Nein oder Enthaltung. Es erfolgt jetzt der Namensaufruf.

(Namentliche Abstimmung)<sup>2</sup>

**Präsident Torsten Geerds:**

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Das Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes ist mit 48 Jastimmen bei 47 Neinstimmen beschlossen worden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich rufe die Abstimmung über die Sammeldrucksache auf.

**Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags****Drucksache 17/620**

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wer mit der Drucksache 17/620 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so der Fall und ist auch so beschlossen.

**(Präsident Torsten Geerds)**

Ich weise darauf hin, dass die nächste Landtagstagung vom 7. bis 9. Juli 2010 stattfinden wird. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 13:19 Uhr**

## Anlage 1

**Namentliche Abstimmung**  
 22. Sitzung am 18. Juni 2010  
**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes**  
 Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP  
 Drucksache 17/250  
 (Seite 1748 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Dr. Ralf Stegner	Nein
Michael von Abercron	Ja	Siegrid Tenor-Alschausky	Nein
Hans-Jörn Arp	Ja	Dr. Gitta Trauernicht	Nein
Dr. Axel Bernstein	Ja	Jürgen Weber	Nein
Dr. Christian von Boetticher	Ja		
Johannes Callsen	Ja	<b>FDP</b>	
Peter Harry Carstensen	Ja	Ingrid Brand-Hückstädt	Ja
Astrid Damerow	Ja	Carsten-Peter Brodersen	Ja
Heike Franzen	Ja	Cornelia Conrad	Ja
Torsten Geerds	Ja	Jens-Uwe Dankert	Ja
Hauke Göttsch	Ja	Kirstin Funke	Ja
Daniel Günther	Ja	Dr. Heiner Garg	Ja
Hartmut Hamerich	Ja	Günther Hildebrand	Ja
Niclas Herbst	Ja	Anita Klahn	Ja
Marion Herdan	Ja	Dr. Ekkehard Klug	Ja
Susanne Herold	Ja	Gerrit Koch	Ja
Karsten Jasper	Ja	Wolfgang Kubicki	Ja
Werner Kalinka	Ja	Oliver Kumbartzky	Ja
Klaus Klinckhamer	Ja	Katharina Loedige	Ja
Tobias Koch	Ja	Christopher Vogt	Ja
Peter Lehnert	Ja		
Jens-Christian Magnussen	Ja	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Markus Matthießen	Ja	Luise Amtsberg	Nein
Hans Hinrich Neve	Ja	Rasmus Andresen	Nein
Petra Nicolaisen	Ja	Dr. Marret Bohn	Nein
Barbara Ostmeier	Ja	Anke Erdmann	Nein
Mark-Oliver Potzahr	Ja	Marlies Fritzen	Nein
Katja Rathje-Hoffmann	Ja	Thorsten Fürter	Nein
Heiner Rickers	Ja	Dr. Robert Habeck	Nein
Ursula Sassen	Ja	Monika Heinold	Nein
Klaus Schlie	Ja	Detlef Matthiessen	Nein
Peter Sönnichsen	Ja	Ines Strehlau	Nein
Herlich Marie Todsens-Reese	Ja	Dr. Andreas Tietze	Nein
Wilfried Wengler	Ja	Bernd Voß	Nein
Rainer Wiegard	Ja		
		<b>DIE LINKE</b>	
<b>SPD</b>		Antje Jansen	Nein
Wolfgang Baasch	Nein	Heinz-Werner Jezewski	Nein
Andreas Beran	Nein	Ranka Prante	Nein
Detlef Buder	Nein	Ulrich Schippels	Nein
Dr. Kai Dolgner	Nein	Ellen Streitbürger	Nein
Peter Eichstädt	Nein	Björn Thoro	Nein
Rolf Fischer	Nein		
Martin Habersaat	Nein	<b>SSW</b>	
Lothar Hay	Nein	Lars Harms	Nein
Bernd Heinemann	Nein	Silke Hinrichsen	Nein
Birgit Herdejürgen	Nein	Flemming Meyer	Nein
Dr. Henning Höppner	Nein	Anke Spoorendonk	Nein
Anette Langner	Nein		
Serpil Midyatli	Nein		
Hans Müller	Nein		
Birte Pauls	Nein		
Regina Poersch	Nein	<b>Zusammenstellung:</b>	
Sandra Redmann	Nein	Abgegebene Stimmen	95
Thomas Rother	Nein	davon	
Bernd Schröder	Nein	Jastimmen	48
Olaf Schulze	Nein	Neinstimmen	47
Marion Sellier	Nein	Enthaltungen	-

## Anlage 2

**Namentliche Abstimmung**  
 22. Sitzung am 18. Juni 2010  
**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes**  
 Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP  
 Drucksache 17/610  
 (Seite 1771 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Dr. Ralf Stegner	Nein
Michael von Abercron	Ja	Siegrid Tenor-Alschausky	Nein
Hans-Jörn Arp	Ja	Dr. Gitta Trauernicht	Nein
Dr. Axel Bernstein	Ja	Jürgen Weber	Nein
Dr. Christian von Boetticher	Ja	<b>FDP</b>	
Johannes Callsen	Ja	Ingrid Brand-Hückstädt	Ja
Peter Harry Carstensen	Ja	Carsten-Peter Brodersen	Ja
Astrid Damerow	Ja	Cornelia Conrad	Ja
Heike Franzen	Ja	Jens-Uwe Dankert	Ja
Torsten Geerds	Ja	Kirstin Funke	Ja
Hauke Göttsch	Ja	Dr. Heiner Garg	Ja
Daniel Günther	Ja	Günther Hildebrand	Ja
Hartmut Hamerich	Ja	Anita Klahn	Ja
Niclas Herbst	Ja	Dr. Ekkehard Klug	Ja
Marion Herdan	Ja	Gerrit Koch	Ja
Susanne Herold	Ja	Wolfgang Kubicki	Ja
Karsten Jasper	Ja	Oliver Kumbartzky	Ja
Werner Kalinka	Ja	Katharina Loedige	Ja
Klaus Klinckhamer	Ja	Christopher Vogt	Ja
Tobias Koch	Ja	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Peter Lehnert	Ja	Luise Amtsberg	Nein
Jens-Christian Magnussen	Ja	Rasmus Andresen	Nein
Markus Matthießen	Ja	Dr. Marret Bohn	Nein
Hans Hinrich Neve	Ja	Anke Erdmann	Nein
Petra Nicolaisen	Ja	Marlies Fritzen	Nein
Barbara Ostmeier	Ja	Thorsten Fürter	Nein
Mark-Oliver Potzahr	Ja	Dr. Robert Habeck	Nein
Katja Rathje-Hoffmann	Ja	Monika Heinold	Nein
Heiner Rickers	Ja	Detlef Matthiessen	Nein
Ursula Sassen	Ja	Ines Strehlau	Nein
Klaus Schlie	Ja	Dr. Andreas Tietze	Nein
Peter Sönnichsen	Ja	Bernd Voß	Nein
Herlich Marie Todsens-Reese	Ja	<b>DIE LINKE</b>	
Wilfried Wengler	Ja	Antje Jansen	Nein
Rainer Wiegard	Ja	Heinz-Werner Jezewski	Nein
<b>SPD</b>		Ranka Prante	Nein
Wolfgang Baasch	Nein	Ulrich Schippels	Nein
Andreas Beran	Nein	Ellen Streitbürger	Nein
Detlef Buder	Nein	Björn Thoro	Nein
Dr. Kai Dolgner	Nein	<b>SSW</b>	
Peter Eichstädt	Nein	Lars Harms	Nein
Rolf Fischer	Nein	Silke Hinrichsen	Nein
Martin Habersaat	Nein	Flemming Meyer	Nein
Lothar Hay	Nein	Anke Spoorendonk	Nein
Bernd Heinemann	Nein		
Birgit Herdejürgen	Nein		
Dr. Henning Höppner	Nein		
Anette Langner	Nein		
Serpil Midyatli	Nein		
Hans Müller	Nein		
Birte Pauls	Nein		
Regina Poersch	Nein		
Sandra Redmann	Nein		
Thomas Rother	Nein		
Bernd Schröder	Nein		
Olaf Schulze	Nein		
Marion Sellier	Nein		
		<b>Zusammenstellung:</b>	
		Abgegebene Stimmen	95
		davon	
		Jastimmen	48
		Neinstimmen	47
		Enthaltungen	-